

Niederschrift  
über die  
3. Sitzung des Regionalrates  
am 28. September 2001  
in Unna

Beginn: 9.00 Uhr

Ende: 12.15 Uhr

Anwesende: siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung für die  
3. Sitzung des Regionalrates  
am 28.09.2001  
in Unna

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit des Regionalrates
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Benennung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
4. Genehmigung der Niederschrift über die 2. Sitzung des Regionalrates am 07.06.2001
5. Schwerpunktthema:  
"Kultur und Tourismus im Regierungsbezirk Arnsberg – Wechselwirkungen und Bedingungen"
  - Referenten: Staatssekretär Manfred **Morgenstern**, Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes NRW  
  
Dr. Robert **Datzer**, Geschäftsführer des Landestourismusverbandes NRW eV, Köln
6. Sachstandsmeldung zu FFH
  - Information
7. Bauprogramm für Maßnahmen des Landesstraßenausbauplanes
  - Beschluss über den regionalen Vorschlag zum Bauprogramm 2002
8. Krankenhausinvestitionsprogramm 2002
  - Beratung
9. Stadterneuerungsprogramm 2002
  - Beratung

10. Munitionsaltlasten auf Konversionsflächen
  - Information
  
11. 37. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes, Teilabschnitt Dortmund/Unna/Hamm im Bereich der Städte Dortmund und Unna und der Gemeinde Holzwickede sowie 1. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes, Teilabschnitt Oberbereiche Bochum und Hagen im Bereich der Stadt Bochum - Darstellung einer Trasse für den Metrorapid von Düsseldorf nach Dortmund –
  - Erarbeitungsbeschluss
  
12. 8. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund – östlicher Teil – Kreis Soest und Hochsauerland im Bereich der Stadt Warstein – Freizeit- und Erholungsschwerpunkt (Besucherzentrum der Brauerei, Reit- und Sportzentrum) sowie Verlängerung der Schienenstrecke der Westfälischen Landeseisenbahn (WLE)
  - Aufstellungsbeschluss
  
13. 36. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes, Teilabschnitt Dortmund/Unna/Hamm im Bereich der Gemeinde Bönen – Umwandlung von Agrarbereich in Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich –
  - Aufstellungsbeschluss
  
14. 9. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund – östlicher Teil – Kreis Soest und Hochsauerland im Gebiet der Stadt Werl – Darstellung einer Bodendeponie "Im Braunschweig" -
  - Erarbeitungsbeschluss
  
15. Raumordnungsverfahren  
Geplante 110 kV-Elektrizitätsfernleitung der Stadtwerke Lippstadt GmbH zwischen den vorhandenen 110 kV-Umspannwerken Weinberg und Schoneberg
  - Unterrichtung über den Abschluss

16. Mitteilungen

- Information zum Bundesverkehrswegeplan
- Information zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weiterer EG-Richtlinien zum Umweltschutz vom 27.07.2001

17. Anfragen

TOP 1: Der Vorsitzende des Regionalrates, Herr Hermann-Josef **Droege**, eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Als Referenten zum Schwerpunktthema begrüßt der Vorsitzende Herrn Staatssekretär **Manfred Morgenstern** vom Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen und den Geschäftsführer des Tourismusverbandes NRW e.V., Herrn **Dr. Robert Datzler**.

Ein herzliches Willkommen richtet er an Herrn **Busch**, Abteilungsleiter im Verkehrsministerium, und an die Herren **Decker** und **Eberius** aus der Staatskanzlei, die für Fragen zum Tagesordnungspunkt 11 zur Verfügung stehen.

Ein weiterer Gruß gilt Herrn Regierungspräsident Wolfram **Kuschke**, ebenso allen anwesenden Vertreter/-innen der Verwaltung.

Zum Schluss begrüßt er den Gastgeber der Sitzung, Herrn Bürgermeister Volker **Weidner**, der die Mitglieder des Regionalrates im Namen der Stadt Unna willkommen heißt und die Stadt vorstellt.

TOP 2: Es besteht Einvernehmen, den Tagesordnungspunkt 11 vorzuziehen; die Beratung erfolgt nach TOP 5.

Der Regionalrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:  
"Der bekanntgegebenen Tagesordnung wird zugestimmt."

TOP 3: Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird das Ratsmitglied Brigitte **Cziehso** benannt.

TOP 4: In der Niederschrift über die 2. Sitzung des Regionalrates am 07.06.2001 in Schmallenbergl muss es auf der Seite 11 unter TOP 17

im 2. Absatz in der 2. Zeile lauten: "...Fortschreibung des bisher bestehenden Regionalen **Entwicklungskonzept** sei."

Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

"Der Regionalrat genehmigt die vorgelegte Niederschrift über die 2. Sitzung des Regionalrates am 07.06.2001."

TOP 5: Die Wortbeiträge und die sich anschließende Diskussion zum Thema: "Kultur und Tourismus im Regierungsbezirk Arnberg – Wechselwirkungen und Bedingungen sind in der Anlage II beigefügt.

Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

"1. Der Regionalrat nimmt die Vorlage zur Kenntnis. Er begrüßt die unterschiedlichen Ansätze in den einzelnen Teilregionen des Regierungsbezirks Arnberg, durch kulturelle Aktivitäten einen Beitrag zur regionalen Identität zu leisten.

2. Der Regionalrat bittet die Landesregierung, den Prozess der Profilierung der Regionen auch weiterhin zu unterstützen, indem die Förderung von Tourismus- und Kulturprojekten fortgeführt wird.

3. Der Regionalrat wird diesen Prozess im Rahmen seiner neuen Zuständigkeiten im Bereich Kultur und Tourismus konstruktiv begleiten. Er bittet die Bezirksregierung, ihn über die Förderaktivitäten zu unterrichten und die Prioritätenlisten zur Beratung bzw. Prioritätensetzung vorzulegen."

TOP 6: Herr **Brunsmeyer** verweist auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 11. September 2001 (Anlage III) und führt aus, dass es aus seiner Sicht geboten erscheint, jetzt, zu diesem Zeitpunkt, in aller Ruhe mit der Aufstellung der Tranche 3 zu beginnen.

Herr **Eickhoff** unterstreicht, dass das Urteil des EUGH von keinem aktuellen Meldebedarf ausgeht, sondern auf den Zeitpunkt, zu dem die

Klage erhoben wurde, abstellt, als die BRD ihren Meldepflichten noch nicht ausreichend nachgekommen war.

Herr **Dr. Bergmann** ergänzt hierzu, dass zur Zeit die Beratungen zum Bundesnaturschutzgesetz stattfinden.

Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss:**

"Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis."

TOP 7: Der Regionalrat fasst bei **3 Gegenstimmen** folgenden **Beschluss:**

" 1. Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.

2. Der Regionalrat beschließt den regionalen Vorschlag zum Bauprogramm 2002 für Maßnahmen des Landesstraßenausbauplanes für den Regierungsbezirk Arnsberg.

3. Der Regionalrat fordert den Landtag auf, im Zuge der Haushaltsberatungen die Mittel für Maßnahmen des Landesstraßenausbauplanes mindestens auf das Niveau des laufenden Jahres, also auf 150 Millionen DM (rd. 77 Mio €) aufzustocken."

TOP 8: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss:**

"Der Regionalrat berät das Krankenhausinvestitionsprogramm 2001."

TOP 9: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss:**

"Der Regionalrat berät das Stadterneuerungsprogramm 2002. Er setzt die Prioritäten gem. § 7 (3) LPIG zu den in der Anlage 1 fett gedruckten Fördermaßnahmen fest.

Der Regionalrat hält es für dringend geboten, die Förderprojekte des Westfälischen Industriemuseums, dessen Standorte ganz überwiegend im Regierungsbezirk Arnsberg liegen, mit einem eigenen Mittelkontingent auszustatten, das nicht auf das Kontingent des Stadterneuerungsprogramms für den Bezirk anzurechnen ist."

TOP 10: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss:**

"Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis."

TOP 11: Die vorgetragenen Standpunkte und Stellungnahmen sind in der Anlage IV zusammengestellt.

Zum Ende der Diskussion stellt Herr **Ostendorff** für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag, über diesen Tagesordnungspunkt **geheim** abzustimmen. Dieser Antrag wird mit 17 zu 15 bei einer Enthaltung abgelehnt.

Der Regionalrat fasst bei **3 Gegenstimmen** und **3 Enthaltungen** **folgenden Beschluss:**

- " 1. Die 37. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes, Teilabschnitt Dortmund/Unna/ Hamm im Bereich der Städte Dortmund und der Gemeinde Holzwickede sowie die 1. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes, Teilabschnitt Oberbereiche Bochum und Hagen im Bereich der Stadt Bochum wird mit der Option Weiterführung zum Flughafen Dortmund entsprechend den Tischvorlagen erarbeitet.
2. Den Beteiligten werden rechtzeitig die Begründung für die Auswahl der Vorzugstrasse, eine gutachterliche „Untersuchung der Auswirkungen auf die Umwelt gemäß § 14 (3) LPIG“ und eine „Untersuchung der Auswirkungen auf die sonstigen räumlichen Belange“ zur Verfügung gestellt.
3. Im Änderungsverfahren werden die in der Anlage 4 der Vorlage 25/3/01 aufgeführten Behörden und Dienststellen und zusätzlich auf Wunsch des Regionalrates des Regierungsbezirkes Münster auch die IHK zu Münster beteiligt.



4. Die Frist, innerhalb derer Bedenken und Anregungen vorgebracht werden können, wird auf 5 Monate festgesetzt.
5. Der Regionalrat fordert die Bezirksregierung auf, den vorgelegten Zeitplan einzuhalten und ihn unverzüglich über die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zu informieren. Er beauftragt die Planungs- und die Verkehrskommission zu prüfen, inwieweit sich aus der Studie Erkenntnisse ergeben, die der Regionalrat bei den Beratungen zum Aufstellungsbeschluss mit abzuwägen hat.
6. Er fordert die Bezirksregierung weiterhin auf, bezüglich des Aufstellungsbeschlusses eine gemeinsame Sitzung mit den Regionalräten Düsseldorf und Münster anzustreben, in der über den Aufstellungsbeschluss entschieden wird."

TOP 12: Herr **Pendzich** bemerkt, dass diese Änderung des Gebietsentwicklungsplanes für den in Frage kommenden Bereich von eminenter Wichtigkeit sei. Die zu treffende Entscheidung sei nicht leicht, da sie Eingriffe in Landschaft und Natur nach sich ziehe. Auf der anderen Seite werde der Warsteiner Brauerei mit der vorliegenden Änderung die Möglichkeit eines Gleisanschlusses gegeben, so dass LKW-Verkehr auf die Schiene verlagert werden kann. Dieses sei ein ausdrücklich von der Landesplanung aufgeführtes Ziel.

Weiterhin führt er aus, dass es keinen Zweifel geben könne, dass durch das geplante Besucherzentrum die Konkurrenzfähigkeit der Brauerei gestärkt wird und dadurch Arbeitsplätze erhalten werden. Durch die geplante Erweiterung des Zentrums für Ausbildung von Kaltblütern, die Montgolfiade und das Besucherzentrum würden in der Region touristische Highlights geschaffen. Bei der Abwägung der Vor- und Nachteile habe sich die SPD-Fraktion für die geplante Änderung des GEP entschieden, da mit der Realisierung des Gleisanschlusses außerdem die Planungsabsicht des Bezirksplanungsrates übernommen würde. Herr **Pendzich** drückt die Erwartung der SPD-Fraktion aus, dass der expo-

nierten Lage des Besucherzentrums durch eine qualitativ hochwertige Architektur Rechnung getragen werde.

Diese Ausführungen werden von Herrn Landrat **Riebinger** ausdrücklich unterstrichen. Er bittet den Regionalrat, ein positives Votum abzugeben. Auch Herr **von Buchwald** spricht sich als Vertreter der Wirtschaftsverbände für die geplanten Maßnahmen aus. Herr **Brunsmeyer** stellt klar, dass viele Gründe gegen den Aufstellungsbeschluss sprechen und verweist auf die Vorlage. Er führt aus, dass der Landschaftsbeirat ein negatives Votum gefällt habe und auch die LÖBF die Vorhaben ablehne.

Der Regionalrat fasst bei **3 Gegenstimmen folgenden Beschluss:**

- "1. Der Regionalrat nimmt den Bericht der Bezirksplanungsbehörde über das Erarbeitungsverfahren zur 8. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund – östlicher Teil - Kreis Soest und Hochsauerland im Bereich der Stadt Warstein, einschl. der dargelegten Erörterungsergebnisse (Anlage 3) zur Kenntnis.
2. Die 8. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund – östlicher Teil - Kreis Soest und Hochsauerland im Bereich der Stadt Warstein wird entsprechend der Anlagen 1 und 2 beschlossen.
3. Gemäß § 15 Abs. 3 des Landesplanungsgesetzes werden die nicht ausgeräumten Bedenken zurückgewiesen."

TOP 13: Der Regionalrat fasst bei **3 Enthaltungen folgenden Beschluss:**

- "1. Der Regionalrat nimmt den Bericht der Bezirksregierung über das Erarbeitungsverfahren zur 36. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes, Teilabschnitt Dortmund/Unna/Hamm zur Kenntnis.

2. Gemäß § 15 Abs. 3. Landesplanungsgesetz werden die nicht ausgeräumten Bedenken und Anregungen der Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten NRW (LÖBF) und des Landesbüros der Naturschutzverbände NRW (LNV) zurückgewiesen.
3. Die 36. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes, Teilabschnitt Dortmund/Unna/ Hamm wird entsprechend dem als Anlage 1 beigefügten Entwurf beschlossen "

TOP 14: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss:**

1. Die 9. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund – östlicher Teil – Kreis Soest und Hochsauerlandkreis, wird entsprechend der Anlage 1 erarbeitet.
2. Im Änderungsverfahren werden die in der Anlage 2 unter Nr. 1 bis 49 aufgeführten Behörden und Dienststellen beteiligt.
3. Die Frist, innerhalb der Bedenken und Anregungen vorgebracht werden können, wird auf 3 Monate festgesetzt."

TOP 15: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss:**

"Der Regionalrat nimmt das Ergebnis des Raumordnungsverfahrens zur Kenntnis."

TOP 16: Der Vorsitzende stellt fest, dass mit der Einladung folgende Unterlagen zugegangen sind:

- Information zum Bundesverkehrswegeplan
- Information zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weiterer EG-Richtlinien zum Umweltschutz vom 27.07.2001

Folgende Unterlagen liegen als schriftliche Mitteilung vor:

- eine ergänzende Information zu TOP 11
- Schreiben der ARL vom 16.08.2001

Der Vorsitzende weist ferner darauf hin, dass die Genehmigung der Staatskanzlei des Gebietsentwicklungsplanes – Teilabschnitt Oberbereiche Bochum und Hagen – unter dem 26.07.2001 im Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht wurde. Mit dieser Bekanntmachung ist der o.a. Gebietsentwicklungsplan verbindlich.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Frau Birgit Möller, die zum 1.10.2001 die Geschäftsstelle des Regionalrates verlässt, für die gute Zusammenarbeit in den zurückliegenden Jahren.

TOP 17: Es liegen keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Herr **Ostendorff** rügt das Verfahren bei der Abstimmung über den Antrag auf geheime Abstimmung unter TOP 11. Seiner Auffassung nach, hätte der Regionalrat allein auf Grund dieses Antrages geheim abstimmen müssen. Dieser Punkt solle nachträglich geklärt werden.

-----  
Droege, Vorsitzender

-----  
Cziehso, Ratsmitglied

-----  
Meier, Schriftführer

**Sitzung des Regionalrates am 28.09.2001 in Unna**  
**Schwerpunktthema:**  
**"Kultur und Tourismus im Regierungsbezirk Arnsberg – Wechselwirkungen  
und Bedingungen"**

**Herr Staatssekretär Manfred Morgenstern, Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes NRW**

Herr Vorsitzender, Herr Regierungspräsident, Herr Bürgermeister, Herr Dröge, ich bedanke mich herzlich für die Einladung. Das verschafft mir zum ersten Mal die Gelegenheit, meinen Fuß auch in die Stadthalle der Stadt Unna zu setzen, nachdem man mich bisher, hier in Unna nur in eine Kaserne gelassen hatte. Das liegt allerdings schon 30 Jahre zurück. Ich vermute mal, damals gab es vielleicht diese Stadthalle noch gar nicht und vermutlich gibt es heute die Kaserne nicht mehr. So schnell ändern sich die Zeiten.

Meine Damen und Herren, ich bin auch froh, dass ich zum ersten Mal vor einem Regionalrat sprechen darf, nachdem wir in der Landesregierung ja doch sehr lange über Verwaltungsmodernisierung und in diesem Zusammenhang auch über die Regionalräte diskutiert haben und auch über die Kompetenzen. Sie wissen, ich vertrete das Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport, das eine sehr deutlich regionale Orientierung hat. Schon an ihrer Tagesordnungen kann man das sehen - an der letzten und an der heutigen - Sie diskutieren beispielsweise das Stadterneuerungsprogramm. Sie haben sich in der letzten Sitzung mit Wohnen beschäftigt, beschäftigen sich heute mit Kultur und Tourismus. Das sind alles Berührungspunkte mit unserem Ministerium.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen hat zweifelsohne eine sehr attraktive touristische, kulturtouristische Landschaft in den unterschiedlichsten Regionen. Wir haben eine hohe Dichte an Angeboten, an Theatern, an Museen, an Musicals, an Denkmälern. All das ist eine hohe Qualität, eine wichtige Voraussetzung auch für die Attraktivität unserer Standorte hier in Nordrhein-Westfalen. Das haben natürlich längst auch diejenigen erkannt, die für den Tourismus hier zuständig sind oder in dieser Branche arbeiten. Das gilt für die Gaststättenbetriebe, für die Erholungseinrichtungen, das gilt aber auch, meine Damen und Herren, längst schon für Kultureinrichtungen und Kulturveranstalter. Wir beobachten mit Freude, dass sich die Zu-

sammenarbeit zwischen Tourismus und Kultur zunehmend verbessert und dass aus diesem Zusammenwirken auch gute Ergebnisse erzielt werden. Man mag ja annehmen, dass vielleicht das ökonomische Kalkül der Tourismuswirtschaft in einem gewissen Widerspruch steht zu der kreativen Unberechenbarkeit der Kultur. Aber ich denke das sind Vorurteile, die finden wir nicht bestätigt, ganz im Gegenteil. Wir aus dem Ministerium, wir tun alles um unseren Beitrag dazu zu leisten, dass wir hier eine sehr gute Vernetzung bekommen, gerade um den Regionen dabei zu helfen, auch ihre touristische Attraktivität zu erhöhen.

Der Tourismus zählt mit den vor- und nachgelagerten Wirtschaftssektoren inzwischen zu den wichtigsten Dienstleistungsbereichen in unserem Land. Starke Wachstumsimpulse gehen hiervon aus. Ich möchte Ihnen nur eine Zahl nennen, in meinem Vortrag: Es gibt inzwischen über 230.000 Beschäftigte in diesem Sektor. Das ist somit nach der Medienbranche die zweitgrößte Branche hier in unserem Land. Unser Anspruch ist, dies weiter ausbauen zu wollen mit Ihrer Unterstützung. Gerade die Vernetzung von Tourismus- und Kulturangeboten sowie öffentlichen Kultureinrichtungen zu einem Gesamtangebot, eröffnet ganz neue Synergien, ganz neue Möglichkeiten, denen unser besonderes Augenmerk gilt. Die Landesregierung will struktur-, kultur-, freizeit-, sport-, landschafts-, tourismus- und stadtentwicklungspolitische Initiativen stärker bündeln, so dass die regionalen Entwicklungen insgesamt besser nutzbar gemacht werden können. Was wir also anstreben, sind strategische Allianzen zum Nutzen in der Region. Dies können Sie auch daraus absehen, meine Damen und Herren, dass für den Bereich Kulturförderung inzwischen zunehmend viel mehr Geld aus klassischen Haushaltsstellen eingesetzt wird, als aus dem eigentlichen Kulturetat. Unser größter Kulturförderetat ist die Stadterneuerung, woraus wir, wenn es in Stadtentwicklungskonzepte passt, wie Sie wissen, ja durchaus auch Museen, Theater sonstige Kultureinrichtungen fördern. Wir wissen, das kann ich Ihnen sagen, dass wir aus diesem Bereich mehr Geld investiv für die Kultur einsetzen als wir das aus dem etwas kleineren Kulturetat des Landes können. Was selbstverständlich natürlich auch Ausdruck der Zuständigkeitsverteilung zwischen Land und Kommunen ist, das wissen Sie auch.

Meine Damen und Herren, ich denke wir haben alle hier viele und gute Erfahrungen sammeln können in dem Jahrzehnt des Wirkens der Internationalen Bauausstellung Emscherpark. Diese IBA hat dazu beigetragen, dass der Identifikationswert einer ganz bedeutsamen Region, des Ruhrgebiets, sowohl in der Innenwahrnehmung als

auch in der Außenwahrnehmung deutlich pointiert werden konnte. Standorte wie Gasometer Oberhausen, Jahrhunderthalle Bochum, Alfred-Fischer-Halle Hamm, Lindenbrauerei in Unna hier all dies sind Standorte, die wir im Rahmen der IBA als Zukunftsstandorte auch mit hoher touristischer Attraktion entwickelt haben. Das lässt sich natürlich so nicht vervielfältigen oder klonen auf andere Regionen, aber ich denke die Erfahrungen, die wir aus diesem Prozess gesammelt haben lassen sich auch gut einsetzen für die Entwicklung der Kultur- und Tourismuslandschaft in anderen Regionen unseres Landes.

Sie wissen, meine Damen und Herren, dass hier im Bereich des Regierungsbezirks Arnsberg in den letzten Jahren bedeutende kulturelle Projekte mit Stadterneuerungsmitteln umgesetzt werden konnten. Einige Beispiele: die Stadt Siegen beabsichtigt den Umbau des Apollokinos zu einem Theater. Bei Gesamtkosten von geschätzt über 30 Mio. DM. untersuchen wir z.Zt. die Haushaltsverträglichkeit der Maßnahme und diskutieren gemeinsam die Finanzierung auch mit der Stadt. Hier in Unna wird im Rahmen der Sanierung "Westliche Innenstadt" die Umnutzung der ehemaligen Lindenbrauerei ja schon seit Ende der 80er Jahre von uns gefördert. Es gibt verschiedene Teilprojekte, ich vermute, Herr Bürgermeister, Sie haben die vorgestellt in Ihrem Vortrag, deswegen will ich darauf nicht näher eingehen. Wir haben in Siegen das ehemalige Telegrafentamt zu einem Museum für Gegenwartskunst umgebaut. Das Gebäude bildet dort einen hochattraktiven städtebaulichen Zusammenhang mit dem Unteren Schloss. Hier konnten wir sowohl Museum als auch Schlosssanierung oder Restaurierung aus Stadterneuerungsmitteln fördern. Die Stadt Dortmund betreibt seit einigen Jahren die Entwicklung des ehemaligen Straßenbahndepots zu einer Kultureinrichtung. Auch hier sind wir mit Stadterneuerungsmitteln tätig. Der Verein der Depot e.V., der sich dort gegründet hat will dieses Depot umbauen zu einem Zentrum für Kultur, für Handwerk und für Verbesserungen und Entwicklungen nachbarschaftlicher Beziehungen. Der Umbau der Hauptwerkstatt ist inzwischen bewilligt und, soweit ich weiß auch weitgehend vollzogen. Sie sehen, meine Damen und Herren, aus diesen wenigen Beispielen, welche Bedeutung Stadterneuerungsmittel inzwischen für die Förderung von Kultur und Kultureinrichtungen gewonnen haben.

Hier im Regierungsbezirk Arnsberg haben wir aber auch eine große Vielfalt, eine starke Differenzierung der Regionen und das was man im Ruhrgebiet gemacht hat, kann man eben nicht auf andere Regionen umsetzen. Die etablierten Kultureinrichtungen sind inzwischen auch mit dem Tourismusbereich, mit der Tourismusbranche

gut vernetzt. Hier gibt es Marketingstrategien. Darüber brauche ich nicht mehr auszuführen. Was aber für uns von Interesse ist und was wir leisten wollen, ist, dass wir insbesondere mit dem Instrument der regionalen Kulturförderung auch kulturelle Projekte in der Region fördern, die auch außerhalb oder in Ergänzung zu etablierten Kultureinrichtungen entstehen sollen. In den Touristikregionen im Sauerland im Märkischen Kreis oder im Kreis Soest prägen vor allem auch Naturattraktionen und Sport- und Freizeiteinrichtungen das touristische Angebot. Für diese Räume hat jedoch die seit Jahren von der Stadterneuerung unterstützte Haltung und Profilierung der historischen Stadt- und Ortskerne auch ein bedeutsames Fundament für die Entwicklung des Tourismus gelegt.

Die historisch gewachsenen Kulturregionen des Landes sollen mit unserer regionalen Kulturpolitik in ihrem Bemühen unterstützt werden, sich in dem zusammenwachsenden Europa auch stärker als Region zu profilieren und ihre Attraktivität nach innen wie auch nach außen auszubauen und zu stärken. Dabei war Voraussetzung und Maßstab für die selbstbestimmte Bildung einer Region vor etwa 5 Jahren einerseits die gemeinsame kulturelle Orientierung, andererseits aber auch gemeinsame Tradition und Geschichte in einer Region. Eine weitere Voraussetzung war die von der Sache her gebotene Kooperationsmöglichkeit und Kooperationsoffenheit in einem gewissen räumlichen Zusammenhang. Mit dem spezifisch regionalen Bezug der Kulturarbeit lässt sich sicherlich Manches auch leichter als mit klassischen Kulturförderinstrumenten des Landes herausarbeiten und entwickeln. Ausdrückliches Ziel der regionalen Kulturpolitik ist gerade auch die Zusammenarbeit mit anderen Sparten, die sinnvoll auch der Kultur letztendlich zum Erfolg und zum Durchbruch verhelfen können. Wir haben uns hier im Rahmen der regionalen Kulturarbeit gestützt auf die Kulturregionen Hellweg, Sauerland und Südwestfalen. Hinzu kommt ein Teil der Kulturregion Ruhrgebiet, die aber - wie ja schon ausgeführt - auch eine andere, besondere Prägung hat und darüberhinaus ja auch noch in andere Regierungsbezirke hineinreicht.

Ihnen liegt die Vorlage der Bezirksregierung Arnsberg zur heutigen Sitzung vor, aus der sich in anschaulicher Weise die grundsätzlichen Ziele für die genannten Kulturregionen ergeben. Ich will noch einige, wenige Anmerkungen zur Kulturregion Ruhrgebiet machen, weil das ja doch die aktuelle Diskussion sehr bestimmt. Insbesondere auch zur Kultur Ruhr GmbH, die wir für die geplanten kulturellen Aktivitäten in dieser Region geplant haben. Sie ist eine Tochter der landeseigenen Projekt Ruhr GmbH,



Mitgesellschafter in dieser Kultur Ruhr GmbH sind der KVR und der Verein Pro Ruhrgebiet. Wir haben diese GmbH eigens jetzt zur Durchführung des vorgesehenen Projekts „Kultur im Industrieraum“ - also Ruhr-Triennale – gegründet. Die Hauptaufgabe dieser Gesellschaft wird also die Durchführung der Triennale sein, die wie der Name vielleicht nahelegen könnte, nicht alle drei Jahre stattfinden soll, sondern nur alle drei Jahre mit einem Höhepunkt abschließen soll. Wir wollen auch integrieren und das gelingt auch, wie zum Beispiel das Festival Ruhrfestspiele - das eine große Tradition hat in diesem Land - und erhoffen uns einen Erfolg für alle durch die Integration dieses Festivals.

Für die Regionen Hellweg, Sauerland und Südwestfalen ist ganz deutlich geworden im Rahmen der regionalen Kulturpolitik, dass sie sich insgesamt für eine positive Verbindung gerade von Landschaft und Tourismus mit der Kultur einsetzen wollen. Dabei gibt es auch heute schon einige Projekte, die einen stark betonten, auch touristischen Bezug haben. Das sind insbesondere Projekte wie der Waldkunstweg Sauerland-Siegen-Wittgenstein als Kulturenwanderweg zwischen Schmallenberg und Bad Berleburg, bei dem Kunstwerke von internationaler Bedeutung mit den Attraktionen der regionalen Natur in eine sehr spannungsreiche, interessante Verbindung gebracht wurden. Dieses Projekt ergänzt die touristischen Bemühungen um den Rothaarsteig und gibt ihm darüber hinaus auch eine ganz neue Qualität. Es handelt sich hierbei ganz besonders um ein Projekt, das von Anfang an eng vernetzt war von den Ansatzpunkten Tourismus und Kultur her, und deshalb, wie wir denken, auch sicherlich einen Erfolg ernten wird. Die Festivalkooperation zwischen „Kultur pur“ in Hilchenbach, „Traumtänzer“ in Hagen und Fatamorgana in Iserlohn soll der Region ein Netzwerk von Kultur ermöglichen und ihr zusätzliche Anziehungskraft verleihen. Die Einbeziehung des Jazzfestivals in der Balver Höhle wird z.Z. betrieben. Mit der Radkarte Zeitreise Hellweg wird diese Region durch Ausstellungen, Themenrouten und Maßnahmen der Museumspädagogik auch in touristischer Hinsicht attraktiver. Gute Beispiele gibt es noch mehr, sicherlich werden Sie diese auch kennen. Insgesamt, meine Damen und Herren, kann man festhalten, dass je profilierter eine Region sich auch in kultureller Hinsicht darstellt und präsentiert, desto leichter lässt sie sich auch für Tourismus, insbesondere Kulturtourismus vermarkten. Sie haben hier im Regierungsbezirk attraktive kulturelle Angebote und deshalb, meine Damen und Herren, kann ich Sie nur ermuntern, hier im Regionalrat Ihre Zuständigkeiten auch im Bereich

Kultur und Tourismus konstruktiv zu nutzen. Ich hatte Sie eingangs darauf aufmerksam gemacht, dass gerade das Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport einen sehr deutlichen Regionalbezug hat. Wir sind gerne bereit, Sie bei Ihrer Arbeit für die Stärkung der Region zu unterstützen. Kommen Sie auf uns zu, wir wollen gerne mit Ihnen zusammenarbeiten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

**Herr Dr. Robert Datzler, Geschäftsführer des Landestourismusverbandes NRW e.V., Köln**

Herr Dröge, meine Damen und Herren, zunächst einmal herzlichen Dank für die Gelegenheit über das Thema Tourismus hier zu sprechen. Im Bereich des Tourismus hat sich in den letzten 2 – 3 Jahren sehr viel getan. Die Landesregierung hat in der Zwischenzeit erkannt, dass das ein Thema ist, das auch gemeinsam mit den Regionen und den Kommunen nach vorne zu bringen ist. Auch der Ministerpräsident hat gestern noch einmal deutlich gesagt - anlässlich des Festaktes zum 150-jährigen Bestehen der IHK Arnsberg - dass der Tourismus für das Land eine erhebliche Bedeutung hat. Man geht davon aus, dass schätzungsweise inzwischen 5 – 8 % des Bruttosozialproduktes durch den Tourismus erwirtschaftet werden, und die Zahlen deuten darauf hin, dass dieser Anteil auch in den nächsten Jahren weiter steigen wird. Wir hatten in den letzten 3-4 Jahren in Nordrhein-Westfalen durchschnittliche Wachstumsraten bei den Übernachtungen von rd. 3 %. In diesem Jahr sieht es nicht ganz so gut aus. Bisher haben wir bei den Zahlen im Juli nur einen leichten Zuwachs, aber das Jahr ist noch nicht zu Ende. Wir gehen auch davon aus, dass wir auch in diesem Jahr wieder Zuwachs haben werden, vor allen Dingen auch in den Regionen wie dem Sauerland und den Bereichen hier. Auch das Ruhrgebiet hat ja in den letzten Jahren erheblich dazugewonnen. Ihnen liegt ein umfangreiches Papier vor mit den Vorstellungen des Landes auch zu dem Thema Tourismus. Ich möchte mich daher darauf beschränken auf einige wesentliche Punkte einzugehen und diese noch einmal herauszustellen. Wichtig ist, und das hat sich auch in den letzten 2 oder 3 Jahren gezeigt, dass Tourismus ein Wirtschaftsbereich ist, der gemeinsam angegangen werden muss, gemeinsam zwischen Land, Kommunen und der regionalen Ebene

ne. Es ist auch durch den Wirtschaftsminister klar zum Ausdruck gebracht worden, dass das, was weiter entwickelt wird, gemeinsam mit den Kommunen abgesprochen wird, und dass es nicht darauf ankommt, das Land Nordrhein-Westfalen als touristische Dachmarke nach vorne zu bringen, sondern das Thema Tourismus über die Regionen nach außen zu tragen und zu profilieren. Die praktische Arbeit hat in den letzten 2-3 Jahren auch gezeigt, dass das gelingt und dass man auch gemeinsam dieses Ziel nach vorne bringt. Das ist etwas Wesentliches und Entscheidendes.

Wir haben im vorigen Jahr ein Konzept verabschiedet, in dem die Leitlinien für die nächsten 5 Jahre formuliert worden sind. Das entscheidende Kernstück im organisatorischen Bereich ist ein Drei-Ebenen-Modell. Tourismus wird organisiert in drei Ebenen. Zunächst auf der kommunalen Ebene, dort wo das touristische Produkt entsteht, wo der Gast empfangen wird. Tourismus entsteht von unten nach oben und insofern kommt der kommunalen Seite auch in Zukunft eine wachsende Bedeutung zu. Dann haben wir den regionalen Bereich als zweite Ebene, dem die Aufgabe der Vermarktung zukommt und die letztendlich auch dazu dient, das Profil - auch für das Land - nach vorne zu tragen. Das ist ein ganz entscheidender Punkt. Als drittes haben wir die Landesebene, die organisatorische Funktionen hat und damit vor allen Dingen dafür zu sorgen hat, dass die entsprechenden Partner zusammenarbeiten und da, wo es Sinn macht, nach außen gemeinsam auftreten.

Ich möchte die drei wesentlichen Punkte noch einmal benennen, auf die es auch aus dem Blickwinkel des Wirtschaftsministers des Landes ankommt. Wir haben also festgestellt, dass Nordrhein-Westfalen, was die Reiseziele angeht, nicht so bekannt ist, wie wir uns das gerne wünschen. Sie kennen diese Konzeption, die wir vorgestellt haben. Demnach muss es ein deutliches Ziel sein, in den nächsten Jahren auch den Bekanntheitsgrad gerade der Regionen und dessen was es hier gibt nach vorne zu tragen. Ein weiterer wesentlicher Punkt ist, dass effektive Organisationsstrukturen geschaffen werden, die in der Lage sind, diese Ziele zu erreichen. Das soll im Wesentlichen über dieses Drei-Ebenen-Modell geschehen, wo eine vernünftige Aufgabenteilung dafür sorgt, dass wir auch das Ziel erreichen. Was die Landesförderung angeht, hat sich erheblich etwas getan. Die Förderung für den Tourismus hat sich in den letzten 3 Jahren verdoppelt. Wir werden im nächsten Jahr über einen Förderbetrag von über 5 Mio. DM verfügen können. In Zeiten wo es in den Haushalten schwierig ist, ist dies ein deutliches Signal von Seiten des Landes dafür, dass man den Tourismus weiter fördern will. Was die Förderpraxis angeht, steht die Projektförderung

ganz klar im Vordergrund. Das Land hat sich von der institutionellen Förderung verabschiedet. Das, was gefördert wird, sind Projekte die im regionalen Konsens nach vorne getragen werden. Es kommt darauf an, gezielte Projekte nach vorne zu bringen, um das Thema dann auch entsprechend zu profilieren. Wichtig ist es, wettbewerbsfähige Produkte auf dem Markt zu haben, also das was vom Kunden nachgefragt wird. Dafür werden die entsprechenden Maßnahmen mit Marktforschungen und einer entsprechenden Marketingausrichtung erreicht, damit das Ziel denn auch gelingt. Wir werden uns von der Landesseite her auf zentrale Themen konzentrieren. Dann ist es klar, das es wenig Sinn macht, mit allem was möglich ist, nach außen aufzutreten. Der Kunde nimmt nur bestimmte Dinge wahr und der Kunde steht schließlich im Tourismus ganz klar im Vordergrund. Wir haben 7 solcher Themenschwerpunkte definiert, die es gilt, in den nächsten Jahren gemeinsam mit den regionalen Vertretern nach vorne zu bringen. Diese werden auch entsprechend gefördert. Einige Projekte möchte ich an dieser Stelle abschließend herausstellen, die sehr erfolgreich nach vorne gebracht worden sind. Das zeigt auch deutlich wie die Richtung in den nächsten Jahren sein wird. Ich möchte den Rothaarsteig erwähnen als ein Projekt, was das Thema Wandern bei uns im Lande nach vorne bringt. Das ist ein Projekt was enorme Resonanz, vor allen Dingen auch in den Medien, erreicht hat und auch klar gezeigt hat, wie man mit einer gezielten Arbeit nach vorne kommen kann, was man erreichen kann, wenn man sich konzentriert. Der Rothaarsteig wird ein Bereich sein, der auch weiter gemeinsam mit den Kommunen nach vorne getragen wird. Ein weiterer wichtiger Bereich der auch durch einen Masterplan begleitet worden ist, ist die Wintersportarena Sauerland. Auch dort haben wir große Erfolge vorzuweisen, auch was die Akzeptanz angeht. Denn unser Ziel ist es eindeutig, das Sauerland in den nächsten Jahren so schneesicher zu machen, dass es das zentrale Wintersportgebiet im Mittelgebirge wird. Die Vorbereitungen werden dort getroffen und das Land wird entsprechend fördernd eingreifen, damit die Infrastrukturvoraussetzungen erfüllt werden können. Wir haben uns hier einen Zeitraum von 5 Jahren gegeben, das Ziel zu erreichen. Es wird wegen der klimatischen Bedingungen nicht überall möglich sein, Schneesicherheit zu erreichen. Aber durch das Sportinstitut der Sporthochschule in Köln ist ein entsprechendes Gutachten erstellt worden, was klar zeigt, wo unsere Chancen sind. Auf diese Chancen werden wir uns gemeinsam mit den Partnern konzentrieren, um das Ziel Schneesicherheit im Sauerland zu erreichen. Es gibt ein weiteres Projekt, welches gerade begonnen hat. Das Thema

Seenlandschaften Sauerland. Hier geht es ebenfalls darum, die vorhandenen Möglichkeiten der Stauseen zusammenzufügen und anschließend auch hier zu überprüfen, welche Infrastrukturmaßnahmen erforderlich sind und diese dann konzentriert umzusetzen, damit man dann letztendlich mit einem vernünftigen Angebot gemeinsam nach außen treten kann. Das Thema Reiten wird im Münsterland eine große Rolle spielen aber auch den Kreis Soest miteinbeziehen, was deutlich zeigt, dass man grenzübergreifend bzw. kreisübergreifend Projekte nach vorne bringt. Das Thema Reiten ist bei uns gerade in Nordrhein-Westfalen, Sie wissen das, ein ganz zentrales Thema. Deutschland und gerade das Münsterland und die angrenzenden Regionen haben hier Weltbedeutung. Das müssen wir entsprechend auch für den Tourismus nutzen. Daher wird hierfür ebenfalls ein Masterplan erstellt. Er wird voraussichtlich Mitte bis Ende nächsten Jahres vorliegen und die entsprechenden Möglichkeiten aufzeigen. Es gibt noch eine Reihe weiterer Projekte. Das Sauerland und die gesamte Region hier ist eine der Regionen, die sich sehr deutlich profiliert haben, wo man auf einem guten Wege ist und wo die Zusammenarbeit als ausgesprochen positiv beurteilt werden kann. Ich bin auch zuversichtlich, dass es gemeinsam mit Ihnen gelingen wird, das Thema Tourismus weiter nach vorne zu bringen. Denn es ist nötig, auch gerade auf der kommunalen Ebene, die Bedeutung des Tourismus und die Kraft, die dahinter steht, zu erkennen und dann die erforderlichen Investitionen hineinzustecken um letztendlich damit beizutragen, das Thema Wirtschaft und die wirtschaftliche Bedeutung der gesamten Region weiter nach vorne zu bringen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !

## **Sitzung des Regionalrates am 28.09.2001 in Unna**

### **Diskussionsbeiträge zum Schwerpunktthema "Kultur und Tourismus im Regierungsbezirk Arnsberg – Wechselwirkungen und Bedingungen"**

**Herr Droege,**

Herzlichen Dank, Herr Dr. Datzler. Ich habe den Eindruck, dass losgelöst von der generellen Beschreibung von landespolitischen Zielsetzungen vor allen Dingen auch deutlich geworden ist, dass es in Zukunft auch darum gehen muss, spezifische örtliche Besonderheiten herauszuarbeiten und als Schwerpunkte, als Gewichte in Diskussionen und in Präsentationen einzubringen. Letztendlich sind all Diejenigen die vor Ort Verantwortung haben, aufgerufen, sich auf ihre eigenen Stärken, die sicherlich sehr differenziert vorhanden sind, zu besinnen und diese nach außen hin deutlich zu machen und dann natürlich auch anzustreben sowohl lokal als auch regional entsprechendes Förderinteresse zu wecken. Das ist dann allerdings eine Thematik, in der sicherlich wegen der notwendigerweise gegebenen Koordinierungsfunktion auch der Regionalrat in Zukunft engagiert sein wird und sein muss.

Eine Frage, die ich in den Raum stellen möchte, ist: Welche Chancen hat der „total ländliche Raum“, der nicht die Möglichkeit hat, große Leuchttürme zu errichten, wie sie in einigen Fällen gegeben sind, die auch hier benannt worden sind? Wo aber beispielsweise in Verbindung mit dem Thema Rothaarsteig Schätzchen vor Ort vorhanden sind, die man anbieten kann, die man präsentieren kann und die vielleicht gerade für die interessant sind, die eben außerhalb der großen Tourismuszentren vor Ort ihre Kultur, ihre Erholung suchen aber damit eben auch ihre wirtschaftliche Leistung in die Region einbringen, als Urlauber, als Gäste usw.. Das ist vielleicht ein Thema, das für die Zukunft noch weitere Bedeutung haben wird, wenn es darum gehen muss, vor Ort sehr spezifisch und sehr ortsbezogen zu unterstützen und zu helfen.

Wir haben aufgrund der Vorberatungen in der Strukturkommission eine Auflistung der Fördermaßnahmen die in der Vergangenheit bewilligt worden sind vorgelegt bekommen. Ich glaube auch Derjenigen, die nicht unterstützt werden konnten. So wird von der Information her insofern auch eine Abrundung dessen möglich, was bisher hier Gegenstand der Betrachtungen war. Ich frage jetzt zunächst, wünschen Sie noch ein Ergänzungswort Herr Regierungspräsident? Und dann können wir anschließend in die Diskussion einsteigen.

## **Herr Regierungspräsident Kuschke**

Herr Vorsitzender, Herr Staatssekretär, meine Damen und Herren, ich will nur wenige Anmerkungen machen. Die erste Anmerkung: Ohne das zu gering zu schätzen was in anderen Regionen des Landes gelaufen ist, glaube ich, dass wir im Regierungsbezirk Arnsberg - und die Benennung von Projekten durch den Staatssekretär und Dr. Datzer haben das auch deutlich gemacht - in den letzten 3 Jahren, einen qualitativen Sprung gemacht haben. Das gilt sowohl für die Qualität der Vorhaben aber auch für die Herangehensweise. Wir betrachten das als einen Prozess der konsensual angelegt ist. Wir wissen ganz genau, dass wir nur weiterkommen können - Wintersport ist ein Stichwort dafür -, wenn wir das auch im Konsens tun und wenn wir uns auch für Schwerpunktsetzung entscheiden. Dies stellt aber keine Benachteiligung derjenigen dar, die nicht mit Leuchttürmen versehen werden, sondern die profitieren natürlich auch von diesen Leuchttürmen. Aber man kann, das ist deutlich geworden am Stichwort Wintersport / Beschneiungsanlagen, natürlich so etwas nur umsetzen. Herr Stork weiß das, und viele andere auch, wo das von den Gegebenheiten her auch funktioniert.

Der zweite Punkt: Wir haben in der Strukturkommission sehr intensiv diskutiert, auch über unsere Vorlage. Ich will nochmal darstellen, was dort genannt worden ist und was wir auch gerne aufgreifen würden. Einmal, Herr Staatssekretär, ein natürlich immer beliebtes Thema: Was ist eine Region? Haben sich eigentlich die Regionen bewährt, so wie sie abgegrenzt sind? Vor welchem Hintergrund ist der Zuschnitt dieser Region gewählt worden, welche Chancen haben sich daraus ergeben? Aber wo sind möglicherweise auch in der Abgrenzung Schnittstellenprobleme aufgetreten und wie kann man dort im Grunde genommen noch daran arbeiten?

Der dritte Punkt, der eng im Zusammenhang damit steht: Sie haben, Herr Staatssekretär, vorhin auf den Hintergrund der Entstehungsgeschichte der Kulturregionen hingewiesen. Da gab es damals ja Schwierigkeiten, aber ich will noch einmal unterstreichen, dass der Zuschnitt, der dann gewählt worden ist, einer ist, der aus den Regionen heraus so gefordert worden ist und der dann, nach den damaligen Vorstellungen der Landesregierung, noch abgeändert worden ist. Wir würden dem Regionalrat gerne, natürlich auch in Abstimmung mit den betroffenen Ressorts, Mitte des Jahres einen Erfahrungsbericht vorlegen, gerade was die regionale Kulturpolitik anbelangt, um dann zu gucken wie man auf der Ebene weiterarbeiten kann.

Und der vierte Punkt: Ich habe das Gefühl, dass wir vielleicht als Bezirksregierung und Regionalrat auch noch einen Beitrag dazu leisten können, dass Diejenigen im

Regierungsbezirk, die schwerpunktmäßig im Bereich Tourismus tätig sind und Diejenigen die schwerpunktmäßig im Bereich Kultur tätig sind, noch einmal zusammen kommen. Das heißt, ich könnte mir sehr gut vorstellen, natürlich in Absprache mit den Städten und Kreisen, dass wir im kommenden Jahr mal konkret zu diesem Thema eine Fachtagung durchführen und auch dort noch einmal eine Bestandsaufnahme vornehmen und versuchen, Kooperationen nach vorne zu bringen um auch dort stärker in Richtung eines Netzwerkes zu arbeiten.

Eingehend auf die fünfte und letzte Anmerkung, auf das, was Herr Droege gesagt hat: Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass wir gerade am Beispiel des Rothaarsteiges, auch die Städte mit berücksichtigen werden, die nicht in einer Nähe von einem Kilometer liegen sondern auch etwas weiter entfernt, als Anrainer sozusagen, die attraktive Dinge vorzuweisen haben. Dort haben wir natürlich auch Chancen, mit unseren Förderprogrammen hineinzugehen. Der Herr Staatssekretär hat das entscheidende Förderprogramm, das Städtebauprogramm ja auch schon genannt, und ich habe das vor einiger Zeit ja auch schon gesagt. Wenn wir im Zusammenhang mit touristischen Vorhaben, sei das Rothaarsteig oder auch andere, in eine Lage hineinversetzt werden, in der wir von den Förderbedingungen aber natürlich zunächst auch mal von den inhaltlichen Zusammenhängen her, so etwas tun können, dann könnte ich mir auch vorstellen, dass wir als Bezirksregierung dem Regionalrat, in Abstimmung mit dem Ministerium, auch mal eine Fördertranche vorschlagen werden, wo wir im Städtebauprogramm sagen, wir gehen mal in einem Jahr ganz gezielt ein auf das Vorhaben Rothaarsteig. Oder wir gehen in einem nächsten Jahr ganz gezielt auf Seenlandschaft Sauerland ein oder auf Vorhaben, die in der Hellwegzone laufen oder in anderen Bereichen. Das wäre eine sinnvolle Verknüpfung in diesem Bereich. Das gilt natürlich für eine Reihe von anderen Förderprogrammen auch, wenn wir an den Bereich des Tourismus denken. Es spielen natürlich auch Dinge aus dem Schulbereich eine Rolle. Wir brauchen in den entsprechenden touristischen Betrieben natürlich gut ausgebildete qualifizierte Kräfte. Damit meine ich die Frage des Beitrags der Berufskollegs und vieles andere mehr, bis hin zu der Frage, ob wir dort nicht einen besonderen Bedarf in Richtung von speziellen Ausbildungs- oder Bildungseinrichtungen haben. Wir sind ja noch nicht ganz fertig mit der Diskussion, beispielsweise um eine deutsche Wanderakademie, die wir bei uns auch im Regierungsbezirk ansiedeln wollen. Also das auch noch mal als ein Hinweis dafür, dass wir im Bereich des Tourismus mittlerweile sehr, sehr qualifiziert nachdenken und wissen, dass wir



dort nur mit einem bestimmten Qualitätsniveau auch werden arbeiten und der Konkurrenz auch standhalten können.

**Herr Droege,**

Herzlichen Dank, Herr Regierungspräsident, ich denke wir haben jetzt genug Zündstoff für eine bestimmt interessante Diskussion.

Wer wünscht das Wort ?

**Herr Fleskes**

Herr Vorsitzender, Herr Staatssekretär, Herr Regierungspräsident, meine Damen und Herren! Ich muss feststellen, nach den Vorträgen die wir gehört haben und auch den ergänzenden Anmerkungen zur Vorlage von Herrn Regierungspräsident Kuschke, wir befinden uns nicht im Streit. Vielmehr glaube ich, dass das, was dargestellt worden ist, sofern das hier auch die Auffassung des Regionalrats trifft, hier eine breite Übereinstimmung findet, sowohl was die grundlegende Zielsetzung, als auch was zumindest die grundlegende Vorstellung der Strategien angeht. Die Frage der vertikalen Struktur der Tourismus- und Kulturpolitik im Lande mit den drei Ebenen, die Herr Datzler auch noch mal dargestellt hat, und die Frage einer eher horizontalen Koordination unterschiedlicher Zielsetzungen zwischen Kulturpolitik, Kulturwirtschaft und Tourismuswirtschaft scheint in diesem gemeinsamen Ziel ganz gut aufgehoben zu sein. Insofern ist die Frage, wie wir damit umgehen und wie wir auch von hier aus im Regionalrat diese Strategie verstärken und fördern können, eine, die uns mehr im Detail beschäftigen wird. Ich denke, meine Damen und Herren, dass es keinen Streit darüber gibt, dass Tourismus ein Wachstumsmarkt mit einem außerordentlich hohen Potential ist, der nunmehr auch hier im Lande erkannt worden ist. Trotz aller Anerkennung von attraktiven Angeboten ist im Einzelnen noch nicht ganz erkennbar, wo die regionale Struktur dabei liegt. Wir haben sehr viele außerordentlich gute Einzelspieler im Lande und auch in der Region. Die Frage wie dies zu einem regionalen Konzept zusammengeschmiedet werden kann, ist noch nicht ganz beantwortet. Und ich denke bei dem erkennbaren Fortschritt der in den letzten Jahren ja wirklich gemacht worden ist, müssen wir auch feststellen, dass speziell in den Teilregionen diese Potentiale noch nicht hinreichend ausgeschöpft sind. Insofern glaube ich auch, dass wir deutlich machen und in unsere Überlegungen einbeziehen müssen, dass im Vergleich zu anderen touristischen Zielen oder, wie heißt es neudeutsch, Destinationen, das Profil in einigen Teilregionen noch nicht deutlich genug ausgeprägt und

für potentielle Gäste nicht hinreichend definiert ist. Die regionalen Stärken, - und das ist glaube ich auch Absicht dessen, was hier die Bezirksregierung mit dieser Vorlage auf den Weg bringen will und was wir als nicht nur Begleiter sondern ich denke auch als Nachhelfer an dieser Stelle mit fördern sollten -, die regionalen Stärken müssen zur Stärkung touristischer Ziele noch stärker erkennbar gemacht und auch vermarktbar gemacht werden. Ich glaube, was die Innenwahrnehmung unserer eigenen Regionen angeht, so liegt die deutlich vor der Außenwahrnehmung. Die Außenwahrnehmung insbesondere als attraktives Ziel ist für unsere Regionen insofern noch relativ unterentwickelt und daran müssen wir insgesamt im Lande und nach außen arbeiten. Ich stelle jedenfalls als Verbraucher fest, das zentrale Interesse an touristischen Zielen reduziert sich zwar nicht aber definiert sich doch relativ stark auf bestimmte Interessen, was die Freizeitangebote angeht. Eines davon ist ohne Zweifel Wellness und Gesundheit. Das ist sehr stark in den Vordergrund getreten, und ich glaube auch, dass das auch für unsere Teilregion und insbesondere auch für den ländlichen Raum eine außerordentlich große Chance bedeutet, an dieser Stelle zusätzliche Attraktivität zu gewinnen und in der Tat auch Highlights zu entwickeln. Es ist an jedem, das Angebot der jeweiligen Zielregion mit ihren kulturellen Attraktivitäten als ein prägendes Kriterium für die Auswahl des Reiseziels herauszustellen. Das hat sich, glaube ich, sehr nach vorne entwickelt, wobei die Spannbreite sowohl der Interessen als auch der Angebote außerordentlich groß und breit ist. Teilweise waren einige dieser Angebote ja vor wenigen Jahren noch gar nicht vorstellbar. Wenn ich daran denke, dass es vor 15 Jahren den Begriff „Industriekultur“ ja noch gar nicht gegeben hat und wir heute Industriekultur als einen wesentlichen Bestandteil auch von regionaler Identität zumindest in einer Teilregion verstehen, dann zeigt das, wie groß dieser Wandel ist. Das war, glaube ich, schon ein Stückchen Quantensprung mindestens für den Teil unserer Region, der Ruhrgebiet heißt. Gerade die Vielfalt kultureller Aktivitäten in den Teilregionen unseres Regierungsbezirks macht es meiner Ansicht nach aber auch notwendig, dass wir eben die spezifischen Charakteristika der einzelnen Teilregionen für die touristische Werbung und Attraktivierung herausheben. Hier meine ich auch, wäre das strategische Streben nach grundsätzlicher Einheitlichkeit eher hinderlich. Vielmehr sollte das kulturelle Angebot in der Tat die regionale Identität widerspiegeln und stärken. Das meine Damen und Herren, widerspricht überhaupt nicht der Notwendigkeit einer Vernetzung, auch einer kulturwirtschaftlichen Vernetzung. Ich glaube, dies kann Hand in Hand gehen.

Im Übrigen glaube ich auch, dass es nicht notwendigerweise so sein muss, dass das historische Erbe ausschließlich die Erhaltung einer solchen Struktur bedeutet und die Attraktivität und die Identität der Region darstellt. Hier kann es auch Mischungen geben, die sich gerade in einer besonderen Event-Struktur widerspiegeln. Ich sage z.B. mal, wenn in einer mittelalterlichen Umgebung eine moderne Kunstaussstellung stattfindet, oder moderne Musik präsentiert wird, hat das einen außerordentlich attraktiven Wert. Oder wenn man an eine Veranstaltung - Musik im Industrieraum - der Kultur Ruhr GmbH in den letzten Wochen denkt, dann ist Chormusik von Schütz oder Die vier Jahreszeiten von Vivaldi in einer alten Industriehalle von außerordentlichem Reiz und zwar nicht nur für die Menschen die dort wohnen sondern auch für Leute die von weither kommen, um das zu sehen. Dies hat einen außerordentlichen touristischen Reiz. Meine Damen und Herren, ich denke, wir brauchen eine differenzierte Strategie zur Förderung der kulturellen Aktivitäten, die diesen regionalen Profilen entsprechen und diese weiter vertiefen können. Es ist kein leichtes Unterfangen, dabei zu einer gesicherten Konzeption zu kommen, die für jede Teilregion eine erfolgreiche Inszenierung ihrer spezifischen kulturellen Angebote verspricht. Und wenn wir auf die Vorlage schauen und die Liste der Förderprojekte für 2001 durchgehen, dann, so sage ich das zumindest für unsere Fraktion, hat man doch auch Schwierigkeiten, darin plausible Förderkriterien wiederzufinden, auch wenn dies die Auswahl nicht generell in Zweifel zieht. Die Frage Verhältnis von institutioneller Förderung und Projektförderung, die vorhin angesprochen worden ist, ist daran nicht erkennbar. Es ist erkennbar, dass es unterschiedliche Kriterien gibt aber die Gewichtung der Kriterien ist daran nicht erkennbar. Wenn Sie sagen, Herr Staatssekretär, wir sind da in einem Umdenkungsprozess, wäre es für den Regionalrat sicherlich wichtig zu sehen, in welchen Quantitäten wir uns eine solche Förderpolitik an dieser Stelle auch vorstellen sollen. Sicher, so glaube ich, meine Damen und Herren lassen sich für alle Maßnahmen die aufgeführt sind, gute Gründe finden, die eine Förderung in jedem Einzelfall auch rechtfertigt und es kann ja auch nicht die Aufgabe des Regionalrats sein, solche Einzelfallprüfungen vorzunehmen. Gleichwohl, denke ich, es muss uns allen ein dringendes Anliegen sein, die Kriterien für die Auswahlentscheidung erkennen, bewerten und ggfs. auch korrigieren zu können. Diese Transparenz, das sage ich an dieser Stelle, ist heute noch nicht gegeben. Die Aktualisierung die wir der zusätzlichen Vorlage verdanken, möchte ich herzlich begrüßen, ich glaube dass hier die von der Strukturkommission angemerkten Defizite aufgearbeitet sind. Die fehlenden Beträge sind ergänzt. Die weiteren Projekte sind aufgenommen. Gleichwohl hat

diese Ergänzung noch nicht die Kriterien definiert. Insofern hätte ich für unsere Fraktion zwei Wünsche, die ich gerne dieser Beschlussvorlage zufügen möchte. Erstens, wir bitten die Bezirksregierung, dem Regionalrat bei der Vorlage der Förderliste für 2002 die gerade angesprochenen zusätzlichen Beratungshilfen an die Hand zu geben, damit er das einhalten kann, was er ja in Punkt 3 der Vorlage für sich selbst in Anspruch nimmt, nämlich im Rahmen seiner neuen Zuständigkeiten den Prozess konstruktiv begleiten zu können. Und darüber hinaus bitten wir die Bezirksregierung bei der Vorlage 2002 um einen, schon angekündigten Zwischenbericht, aus dem ersichtlich wird, ob sich die derzeitige Förderstruktur in dieser Form bewährt hat oder ob Korrekturen angeraten sind. Dies meine Damen und Herren wären Wünsche, die wir aus unserer Fraktion dem Regionalrat zur Ergänzung der Vorlage entsprechend anreichern möchten. Ansonsten stimmen wir der Vorlage in dieser Form zu.

Vielen herzlichen Dank !

### **Herr Riebinger**

Herr Vorsitzender, Herr Regierungspräsident, ich wollte keine grundsätzliche Stellungnahme abgeben, aber eine Aussage des Herrn Regierungspräsidenten hat mich nun doch gereizt, einen Satz dazu zu sagen. Sie wissen, Herr Regierungspräsident, ich widerspreche Ihnen nur sehr ungern. Aber dass die Kulturregionen, so wie sie jetzt stehen, aus den Regionen heraus gewachsen sein sollen, das kann ich zumindest für den Kreis Soest überhaupt nicht bestätigen. Wir haben nach wie vor den Eindruck, dass diese Regionen von oben übergestülpt worden sind und ich bin eigentlich sehr gespannt und insofern ganz dankbar, dass ein Zwischenbericht gegeben werden soll, wie denn diese Kulturregionen in der Vergangenheit ihre Wirkung entfaltet haben. Bei uns haben sich damals, als diese Region so gebildet wurde, eher Irritationen ergeben. Wenn wir heute von der engen Vernetzung zwischen Kultur und Touristik richtigerweise sprechen und darüber diskutieren, dann haben wir z.B. das Problem, dass wir im Touristikbereich einer anderen Region zugeordnet sind als im Kulturbereich. Ich könnte noch ein paar andere nennen, ich hab den Eindruck, dass jedes Ministerium dieser Landesregierung seine Region nach seiner Fassung und nach seinen Wünschen bildet. Unser Regionales Entwicklungskonzept kommt aus dem Wirtschaftsministerium und umfaßt eine Region, mit der wir sehr eng zusammenarbeiten, das wissen Sie. Die Region Kultur kam damals aus dem Kultusministerium und wenn wir an Krankenhausplanung denken, das kommt aus dem Sozialmini-

sterium, da sind wir wieder in einer anderen Region. Wir haben also eine Vielfalt von Regionen bei uns. Zumindest da, wo die Zusammenarbeit gefordert wird, so wie wir das heute feststellen, wäre es wünschenswert, wenn man sich über die Frage, was ist denn nun eine Region, auch seitens der Landesregierung einig werden könnte.

In diesem Zusammenhang hat natürlich die Bildung von touristischen Arbeitsgemeinschaften heute einen besonderen Sinn, weil sie diese regionalen und auch administrativen Abgrenzungen nicht als Grenzen sieht, sondern die Möglichkeit eröffnet, mit anderen Partnern, egal wo sie sich nun in der Nachbarschaft befinden, zusammenzutun um auf diesem Wege Projekte voran zu bringen, unabhängig von irgendwelchen Grenzziehungen. Das ist also dann ein positiver Effekt und ich würde mir wünschen, dass der Antrag des Bäderdreiecks im Ministerium auch bald entschieden würde.

### **Herr Ostendorff**

Meiner Ansicht nach ist es nicht entscheidend welche Kulturregion betroffen ist, sondern vielmehr, dass das jeweilige Projekt nach vorne gebracht wird. Wir müssen noch sehr, sehr viel tun, um das Viele was wir haben, auch wirklich dem Bürger nahe zu bringen. Sehr wichtig ist außerdem, dass die Gastronomie stimmt, sie muss attraktiv sein. Das Sauerland hat da noch große Probleme. Das gilt nicht nur für den Rothaarsteig, sondern das ist ein grundsätzliches Problem. Der Rothaarsteig ist noch nicht fertig. Allzu großer Optimismus scheint mir da noch nicht angebracht zu sein.

Ich glaube, wir müssen hier noch viel tun. Von daher sollte der Regionalrat - das haben wir aber letztes mal auch schon angemerkt - die Landesregierung nicht nur bitten den Prozess der Profilierung der Regionen auch weiterhin zu unterstützen, sondern wir sollten dies fordern. Ich glaube, dass wir hier deutlicher und akzentuierter unsere Position darstellen müssen, dazu haben wir die Bürgermeister und Landräte der betroffenen Gemeinden hier.

### **Herr Droege**

Herr Ostendorff, Sie haben deutlich gemacht, dass Tourismusförderung auch mit Ertüchtigung von Leib und Seele zusammenhängt.

Jetzt habe ich noch Herrn Kreisdirektor Stork gesehen und dann sollten wir aber erst mal Schluss machen.

## **Herr Stork**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, dem letzten Wortbeitrag stimme ich zu, die Gastronomie muss stimmen. Man muss auch Essen und Trinken können. Und Sie haben vollkommen richtig gesagt, dass an einer Bikearena oder dass an einem Masterplan Wintersport oder dem Rothaarsteig sicherlich noch sehr viel gearbeitet werden muss. Wir haben klare Produkte, sie sind durchdekliniert, sie sind dreidimensional und wir erarbeiten sie Punkt für Punkt. Wir merken, anhand der ersten Reaktionen, dass wir fast in einer Flut von Nachfragen ertrinken. Und diese Reaktion zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Aber das, Herr Vorsitzender, war nicht der Inhalt meiner Wortmeldung.

Mir geht es noch einmal um die Zuständigkeit. Herr Riebniger ist hierauf auch eingegangen. Der wichtigste Punkt beim Tourismus ist nicht, wie schön die Organisationsformen und wie schön die Grenzen in kommunalpolitischen oder sonstigen Bereichen sind, sondern wir wollen Gäste haben. Und der entscheidende Punkt dabei ist: der Gast guckt nicht auf Kreisgrenzen oder auf Regierungsbezirksgrenzen noch auf sonstige Grenzen. Sondern der Gast denkt: im Münsterland, im Sauerland oder in anderen Bereichen. Und das sind die Regionen die das Kreilkamp-Gutachten auch meint, darauf möchte ich noch einmal ganz deutlich hinweisen. Die Regionen des Kreilkamp-Gutachtens sind wie Destinationen. Und die sind aus der Sicht des Gastes in Rhein-Ruhr und in Holland und in Flandern, vielleicht auch mal in Rhein-Main - da sind übrigens unsere Zahlen nicht so schlecht, da ist das Sauerland schon relativ bekannt -. Das heißt, wir müssen immer aus der Sicht des Gastes sehen und damit ist die Destination Sauerland oder die Destination Münsterland gemeint. Und das ist die zweite Ebene, die Herr Dr. Datzler auch vorgetragen hat, die Marketing-Ebene, wie wir uns nach draußen verkaufen. Hier hat sicherlich der Regionalrat die wichtige Aufgabe, ich sag mal, die Anträge in gewisser Weise zu bündeln und auch seine Meinung dazu zu sagen, Herr Fleskes. Aber ich warne davor, in Anführungsstrichen, ich habe das auch dem Regierungspräsidenten schon gesagt, ich warne davor, eine vierte Ebene einzubauen. Das wäre falsch, und da sind wir uns auch einig, Herr Kuschke. Es muss bei diesen drei Ebenen bleiben, das ist schlank, da ist wenig Sand im Getriebe, und die müssen sich finden. Wichtig ist Ihre Meinung dazu und auch die Bündelungsfunktion ihres Hauses. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wir müssen es aber immer sehen, aus der Destinationssicht, aus der Sicht des Kunden. Und da sollten wir auch nicht von abgehen, weil da mal so ein bißchen Unsicherhei-

ten in Fragen der Regionszugehörigkeit waren. Im Sinne des Tourismus sind wir als Sauerland und Siegerland eine Region. Ich denke das ist ein ganz wichtiger Punkt.

### **Herr Regierungspräsident Kuschke**

Herr Vorsitzender, Herr Staatssekretär, meine Damen und Herren, ich bin Herrn Riebniger und Herrn Stork dankbar für ihre Beiträge, obwohl ich gleich hinzufüge, ich stimme Beiden nicht ganz zu. Aber es handelt sich um ein Missverständnis, was man glaube ich aufklären kann. Ich stimme Ihnen Herr Riebniger natürlich völlig zu, wenn Sie sagen, es handelt sich nicht um gewachsene Regionen. Da bin ich missverstanden worden. Nur, was ich deutlich machen wollte, es gab damals einen Vorschlag der Landesregierung und es gab damals in den Regionen noch Aktivitäten und Bewegungen, beispielsweise im Hochsauerland. Ich habe das nachgelesen, ich habe es damals aus etwas größerer Ferne wahrgenommen, dass also Schützenbruderschaften und viele Vereine sich auf den Weg gemacht haben und nochmal gesagt haben, also die Abgrenzung könnt Ihr aber so und so nicht vornehmen. Nun ist es so, dass durch das was Herr Stork gesagt hat sich das sicherlich in der Tat etwas relativiert. Ich würde aber hier ganz pragmatisch vorschlagen, lassen Sie uns doch die Zeit , nochmals zu gucken welche Erfahrungen haben wir mit der Bildung der Regionen und was da zusammenhängt - in der Strukturkommission ist dieser Vorschlag auf Zustimmung gestoßen -. Natürlich vor dem Hintergrund Herr Stork, dass man vom Gast bzw. vom Produkt ausgehen muss, was letztendlich entscheidend ist und dann kommen wir vielleicht zur Klärung. Ich bin da beratungsoffen aber ich hätte da eine ganz einfache Lösung, die sich an einem regionalen Zuschnitt orientiert, den wir jetzt auch schon haben und der sich in vielen anderen Bereichen bewährt hat. Ob das einer wäre, mit dem der Hochsauerlandkreis und der Kreis Olpe leben könnten, weiß ich nicht. Das steht auf einem ganz anderen Blatt Papier.

Zudem was Herr Stork gesagt hat: Herr Stork, jetzt aber auch noch einmal in aller Wertschätzung und Deutlichkeit, wir brauchen keine Ängstlichkeiten und Berührungspunkte zu haben, wenn die Bezirksregierung sich um touristische Aktivitäten kümmert und der Regierungspräsident vorne weg geht. Beispielsweise im Bereich Seenlandschaft Sauerland: das hat nichts damit zu tun, dass wir uns gegenseitig Beschäftigungsfelder wegnehmen wollen, sondern ich glaube, wir sehen ganz genau, wer wo welche Aufgaben hat. Und ich würde es wirklich begrüßen, wenn auch der Regionalrat hier durchaus konstruktiv - und so habe ich auch die Beiträge verstanden

- auch von Herrn Fleskes und von Herrn Riebniger dort mit hineingehend. Es könnte ja sein, dass der Regionalrat an der einen oder anderen Stelle auch ausgleichend tätig sein kann. Ich denke, dass wir dann wirklich nicht weit auseinander liegen.

Der zweite Punkt, Herr Ostendorff: niemand hat behauptet, dass der Rothaarsteig fertig ist. Aber wir haben die entscheidenden Grundlagen doch geschaffen, wenn Sie sich angucken was dieser Rothaarsteig in diesem Jahr 2001 für eine Publizität gehabt hat. Welche Touristen wir dorthin geholt haben und wieweit wir auch in einer bestimmten Infrastruktur sind. Nur der entscheidende Punkt, den Sie angesprochen haben, der kommt jetzt. Nämlich die Frage, welche Qualität bekommen wir, wie können wir Qualität sichern, welche Rolle spielt die Gastronomie beispielsweise dabei? Das kann aber nicht über Bezirksregierung und Regionalrat laufen, allenfalls in den Rahmenbedingungen. Wir werden uns unterhalten müssen beispielsweise, ob wir gastronomische Einrichtungen auch in ziemlicher Nähe des eigentlichen Wanderwegs haben werden wollen. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, dass wir da auch eine Konfliktlage mit dem Naturschutz haben werden. In wie weit werden und können wir das zulassen? Das müssen wir dann im Einzelfall noch einmal prüfen, aber das wird der entscheidende Punkt sein: Wie kriegen wir Qualität hin im gastronomischen Bereich. Natürlich auch in wie weit sind die Menschen bereit sich auch einzulassen darauf, dass dann nicht mehr fein gekleidete Damen und Herren erscheinen werden, sondern verschmutzte Wanderer mit dreckigen Wanderstiefeln. Das, was wir im Bereich des Radfahrens ja auch erlebt haben, wenn jemand mit einem 15.000 DM-Fahrrad an einem Hotel ankommt, dann will er auch wissen, wie wird das eigentlich untergebracht, so dass er es am nächsten Tag auch noch vorfindet. Also da glaube ich, liegen wir nicht weit auseinander.

Die dritte Anmerkung: Herr Fleskes hat etwas angesprochen, wofür ich ihm sehr dankbar bin. Wir reden bei Kulturtourismus, vor allen Dingen bei Tourismus, sehr stark von denen, die von weither irgendwohin kommen. Wir müssen natürlich daran denken, dass die touristischen Anziehungspunkte für die Menschen, die wir von weither holen, interessant und attraktiv sind. Das gilt aber auch für die Menschen, die vor Ort bzw. im nahen Bereich wohnen. D.h. die Stichworte Freizeit und Erholung sind eng damit verbunden. Insofern finde ich es im Nachhinein auch noch glücklich, dass wir vor einiger Zeit ja die Beratungsunterlage hatten, „Freizeit- und Erholungseinrichtungen“.

Letzte Anmerkung: Ich glaube, den idealen regionalen Zuschnitt werden wir nie erreichen. Ich will das abschließend noch mal am Beispiel des Kreises Soest und des



Möhnesee deutlich machen. Wie bewirbt man den Möhnesee? Macht man ihn zum Tor zum Sauerland, dann muss man natürlich als Kreis akzeptieren, dass man sich von der landschaftlichen Bezeichnung her vom Kreisnamen entfernt. Alle gemeinsam haben eingesehen, dass das richtig ist. Gleichzeitig aber – und das unterstütze ich aktiv - selbstbewusst zu sagen: Westfälisches Bäderdreieck im Kreis Soest, auch wenn da vielleicht Einige aufmurren im Münsterland. Und im Bereich des Reitens und des Radwanderns kommen wir über den Kreis Soest und den Kreis Unna auch in das Münsterland hinein. Also überschreiten wir die Grenzen des Regierungsbezirks. Ich hoffe, an diesem Beispiel wird klar, dass die ideale Region oder die Region in der sich alles wiederfindet nur ganz schwer zu erreichen ist. Was wir erreichen wollen - da gebe ich Herrn Stork Recht – ist, dass der Gast, der Kunde, im Vordergrund stehen muss.

### **Herr Dr. Datzer**

Ich habe aus der Diskussion heraus das Gefühl, dass das Thema Tourismuskultur eine hohe Akzeptanz findet, dass ein großer Konsens da ist, und das stimmt auch optimistisch für die Zukunft. Mein Wunsch an den Regionalrat ist, noch einmal mit dazu beizutragen, dass die Zusammenarbeit auch vor allen Dingen auf der örtlichen Ebene stärker forciert wird, dass man einfach intensiver zusammenarbeitet. Das, was Herr Riebniger auch mit den touristischen Arbeitsgemeinschaften vorher gesagt hat, das ist einfach eine Notwendigkeit. Die einzelnen Kommunen werden in Zukunft aufgrund der Finanzsituationen keine eigene Wege mehr gehen können. Deshalb brauchen wir diese Zusammenarbeit und eine klare Aufgabenteilung bei der auch vorbehaltlos die Aufgaben, die die Einzelnen sinnvoll übernehmen, akzeptiert werden. Wenn wir das erreichen, dann werden wir auch hier mit dem Tourismus weiter nach vorne kommen. Wir haben absolute Highlights hier. Da braucht man auch nicht bescheiden zurückzustehen. Das, was mit dem Rothaarsteig erreicht worden ist und mit dem Thema Wintersport, das hat eine Öffentlichkeitswirksamkeit erreicht, die mit dazu beigetragen hat, auch die Region bekannter zu machen. Da braucht man gar nicht so bescheiden zu sein, das sind in dem Falle Leuchttürme, mit denen man viel erreichen kann. Also ich denke, wenn es so weitergeht auf dem Weg, den wir jetzt erreicht haben, und die Dinge, die ich gerade beschrieben habe, noch hin bekommt, dann hat der Tourismus eine große Zukunft; zusammen mit der Kultur, die einfach mit dazu gehört.

## **Herr Staatssekretär Morgenstern**

Ich möchte zu dem Thema: geeignetere Regionen noch einige Ausführungen machen. Herr Riebniger, Sie hatten angesprochen, dass nach Ihrer Auffassung möglicherweise hier nicht die richtigen Strukturen vorhanden und diese möglicherweise von der Landesregierung übergestülpt worden seien. Ich bin zwar damals nicht unmittelbar damit befasst gewesen, aber ich möchte Ihnen zu dem Thema hier sagen, dass wir im Ministerium ungeeignet sind geeignete Regionalstrukturen über das ganze Land hinweg zu formulieren. Das muss aus der Region entstehen. Deswegen finde ich es einen guten Vorschlag des Regierungspräsidenten zu sagen, sie wollen hier die Förderstrukturen und auch die räumlichen Strukturen evaluieren. Wir werden die Letzten sein, die Ihnen Vorschriften machen, wie Sie diese regionalen Strukturen zu gliedern haben und wie Sie die auszubilden haben. Ich als Staatssekretär bin dafür schon mal ganz und gar ungeeignet, meine Heimatstadt ist Frankfurt. Ich bin erst seit 6 Jahren in Nordrhein-Westfalen. Als ich vor einigen Jahren mal das Siegerland besuchte, fragte mich der damalige OKD und Direktor des Fremdenverkehrsvereins, ob ich schon mal im Siegerland gewesen sei, worauf ich stolz antwortete, ja, ich bin schon mal Bob gefahren auf der Bobbahn in Winterberg. Er hat mir dann sofort einen Nachhilfekurs angeboten über den Fremdenverkehrsverein. Das sollte ja jetzt nur ein scherzhaftes Beispiel sein um zu dokumentieren, dass wir nicht geeignet sind, das zu tun. Das muss in der Region entstehen. Ich kann Ihnen auch zusagen, wenn Sie zu der Auffassung gelangen, dass mit Bezug auf die Regionale Kulturpolitik sich möglicherweise andere Strukturen besser darstellen lassen oder besser geeignet sind, dann sind wir selbstverständlich gerne bereit mit Ihnen darüber zu reden. Nur, was wir für die regionale Kulturpolitik brauchen, ist schon eine Struktur, eine Netzstruktur. Wir brauchen Ansprechpartner, wir brauchen Träger in der Region. Also bitte, das können Sie ganz offen mit uns diskutieren.

Zweites Thema, wozu ich eine Bemerkung machen wollte. Herr Droege hatte ganz zu Beginn die Frage aufgeworfen: Wie steht es denn mit der Förderung der ländlichen Räume. Fallen die möglicherweise ab gegenüber einer Kulturpolitik, die auch auf Leuchttürme setzt. Leuchttürme ist ja so eine Metapher, die im Moment gerne gebraucht wird, die kann man sehr unterschiedlich interpretieren. Die etwas psychologisch Ausgebildeten werden sofort an ein phallisches Symbol denken, aber es gibt auch eine andere Interpretation, die mir mit Bezug auf die Kulturpolitik viel lieber ist. Leuchttürme sind ja dazu da, dass sie ein weites Licht werfen auf hoher See und ins weite Land. Und das möchten wir eigentlich eher mit unserer Kulturpolitik erzeugen.

Diese Leuchttürme sollen auch einen Beitrag dazu leisten, dass auch das Umland drum herum, dass auch die ländlichen Räume kulturell mitgezogen werden mit dieser Politik. Wir werden in Kürze im Landtag - es sind ja einige Landtagsabgeordnete auch hier vertreten -, auch über den Kulturhaushalt sprechen Sie werden sehen: im Haushaltsentwurf der Landesregierung gibt es eine deutliche Erhöhung des Ansatzes für die Regionale Kulturpolitik. Davon geht zwar ein Teil auch in die Ruhrtriennale, aber wir werden Ihnen das gerne im Landtag auch noch im Einzelnen darlegen. Denn auch wenn Sie diesen Anteil für die Ruhrtriennale abziehen, werden Sie sehen, dass wir mehr Geld für die Regionale Kulturpolitik haben. Das soll von uns eine Demonstration sein, dass wir Konzentration nicht verstehen im Sinne von Ausschließlichkeit, sondern Konzentration soll für uns ein Instrument des Promotens sein, also des Unterstützens auch der Kulturpolitik bis in die ländlichen Räume hinein. Das beabsichtigen wir jedenfalls, und daran möchten Sie uns bitte auch messen ich in unserem Tun und Handeln.

Ganz zum Schluss ist angesprochen worden, Essen und Trinken, gastronomische Angebote, ich denke Vieles gehört zusammen um Ziele zu erreichen, wie wir sie uns hier vorstellen. Ich möchte als Kulturministerium reklamieren, dass Essen und Trinken eigentlich in den Kernbereich der Kulturpolitik gehört, denn das Verfeinern von unappetitlicher roher Kost nach ästhetischen und geschmacklichen Gesichtspunkten ist möglicherweise die erste Kulturtätigkeit des Menschen überhaupt gewesen.

### **Herr von Buchwald**

Zwei Anmerkungen zu zwei Themen: Ich gehe zuerst zurück auf den Rothaarsteig, Herr Ostendorff. Es ist richtig, dass wir da Defizite insbesondere in der gastronomischen und hotelmäßigen Ausstattung haben. Ich habe von der Touristikzentrale Sauerland gehört, dass gerade im südlichen Abschnitt des Rothaarsteiges manchmal verzweifelt Wanderer per Handy anrufen und fragen, wo sie denn einkehren können, weil die Dichte der Gasthöfe im südlichen Abschnitt des Rothaarsteiges recht gering ist, und dann auch noch das Phänomen auftaucht, dass manchmal an Montagen auch noch alle gleichzeitig geschlossen haben. Also, da muss noch was geschehen. Wir sind seitens der Kammerorganisation gemeinschaftlich mit den Tourismusorganisationen auf örtlicher und regionaler Ebene inzwischen so weit, dass wir einen ganz konkreten Kriterienkatalog entwickelt haben, den Gastronomie- und Hotelbetriebe entlang des Rothaarsteigs erfüllen müssen. Es geht nicht um die klassischen Merk-

male der Hotelklassifizierung, also Zimmer- und Bettengröße und so weiter, sondern es geht um ganz konkrete Anforderungen, die Wanderer an solche Betriebe stellen. Betriebe, die diese Voraussetzungen erfüllen, werden künftig qualifiziert auch in die Kataloge aufgenommen und führen künftig auch ein entsprechendes Symbol als qualifizierter Rothaarsteigbetrieb. Also wir sind da auf dem Weg auch Betriebe so zu qualifizieren, dass sie eben den konkreten Anforderungen der Wanderer gerecht werden.

Nächster Punkt zu dem ich noch etwas sagen wollte: das Thema Tourismusregionen als eigentlicher zentraler Träger des Marketings. Ich möchte hier noch einmal Herrn Stork beitreten und dringend darauf hinweisen, dass es notwendig ist, Tourismus aus Gästesicht zu sehen. Es ist ein beliebtes politisches auch kommunalpolitisches Thema, sich in Tourismusfragen, Tourismusorganisationsfragen, Tourismusgebietsabgrenzung zu ergehen. Nur der Gast nimmt diese Grenzen kommunaler Art, Grenzen von Regierungsbezirken und auch Landesgrenzen nicht wahr. Das sehen Sie am besten am Beispiel des Sauerlandes, wo der Gast überhaupt keine Probleme hat, in den hessischen Teil des Sauerlandes hinüber zu wandern. Ihn interessiert gar nicht, dass es da eine Landesgrenze gibt. Also die Bitte, wenn Sie denn als Regionalrat sich in Tourismusfragen verstärkt engagieren, denken Sie daran, dass wir hier über etwas anders nachdenken müssen, als über kommunale Abgrenzungen.

#### **Herr Ostendorff**

Ich möchte auf den Wegfall des Denkmalschutzansatzes im Landeshaushalt 2002 hinweisen. Ich bitte den Vorsitzenden des Regionalrates zur Kenntnis zu nehmen, dass Denkmalschutzmittel in diesem Zusammenhang ein wichtiger Gesichtspunkt sind und dass der Ansatz im Haushalt unbedingt erhalten bleiben muß.

#### **Herr Droege**

Dankeschön. Vielleicht können wir dann zum Schluss dieses Punktes nochmal auf dieses Thema ganz kurz eingehen.

#### **Herr Steffen**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

Wir haben uns im Bereich Tourismus bisher intensiv mit dem Bereich "Sauer-/Siegerland" befasst und das ist auch gut so. Dennoch darf der Regionalrat einen

Bereich nicht aus den Augen verlieren und dieses Thema möchte ich ansprechen, was uns schon seit einigen Jahren im Ruhrgebiet beschäftigt. Das ist das Thema der Regionalen, die mit "Stadt, Land, Fluss" überschrieben ist. Wir haben immer versucht, von Hamm über den Kreis Unna, Dortmund, Bochum bis Herne die Kanal- und Wasserwege zu erschließen, denn de facto wird der Wassertourismus immer stärker. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, eine solche Regionale hierhin zu holen, mit allen positiven Begleiterscheinungen. Meine Bitte an den Herrn Regierungspräsidenten ist, bei allen Gesprächen zu bedenken, dass eine Regionale unter diesem Gesichtspunkt für unsere Region von größter Bedeutung ist. Sonst fördern wir den Reitsport im Münsterland und das Wandern im Sauer- und Siegerland, aber diese Region bleibt außen vor, deshalb ist die Regionale für uns von hoher Bedeutung.

### **Herr Donschen**

Herr Vorsitzender, ich möchte etwas zu 2 Punkten fragen, die die Vorlage betreffen. Die Vorlage zeigt einerseits sehr umfangreich und detailliert statistische Tourismuswerte, andererseits eine inhaltlich sehr grobe Liste zur Förderung der Kulturprojekte. Eine kurze Biografie der Projektträger und der Projekte als zusätzliche Information oder als ergänzende Information – wie in anderen Vorlagen – kommen dem Betrachter für seine Meinungsbildung sehr entgegen.

Als zweites: das 3-Ebenen-Modell, dass Tourismus und Kultur kundenorientiert einbinden und aufbereiten soll, sollte in einem gemeinsamen Papier, z.B. in einem Führer für Touristik und Kultur veröffentlicht werden, der über die Regionsgrenzen hinaus ganz Nordrhein-Westfalen erfasst.

Gestatten Sie mir hier eine Frage, es gibt da ein Projekt, das mit 4 Millionen Mark Zuschuss aufgelegt worden ist, es ist die neue Philharmonie Recklinghausen-Bochum-Unna. Ich habe versucht, herauszufinden, um was es sich dabei handelt, ich habe aber keine Antwort hierauf gefunden. Vielleicht kann man mir einmal sagen, wer der Projektträger ist, was das für ein Projekt ist und seit wann diese Philharmonie so existiert. Danke.

### **Herr Regierungspräsident Kuschke**

Zu den zwei Anregungen die gekommen sind, Herr Donschen: Wir wären jetzt schon in der Lage gewesen, auf Einzelfragen zu den Projekten etwas zu sagen, aber wir werden das noch einmal in der Aufbereitung tun, dass wir Ihnen jedenfalls in Stich-

worten, darstellen können, was sich dahinter verbirgt. Was den zweiten Punkt angeht, das klang vorhin mal bei einer Frage an, nach der institutionellen Förderung und nach der Projektförderung: Wir haben es bei der Vielzahl der Projekten mit Projektförderung zu tun. Also die einmalig erfolgt oder möglicherweise in mehrjährigen Abständen. Und wir haben es in wenigen Fällen mit institutioneller Förderung zu tun, allerdings haben wir es da von den Proportionen gesehen mit sehr großen Summen zu tun. Das gilt für die Landesorchester und für die Theater. Die Förderung die wir hier bei der Neuen Philharmonie haben, ist also die Förderung für eines der beiden Landesorchester in unserem Regierungsbezirk. Nun könnte man sich darüber unterhalten, gehört das zur regionalen Kulturpolitik. Ich meine und wir sind bisher immer der Auffassung gewesen, ja, weil diese beiden Landesorchester natürlich gerade in dem regionalen Bereich tätig werden, dort ihre Spielstärken haben und dort auch ihre Veranstaltungen, was natürlich nicht heißt, dass sie nicht auch außerhalb des Regierungsbezirks auftreten. Das ist sicherlich eine Besonderheit. Im Bereich der institutionellen Förderung bezogen auf die Theater und auf die Landesorchester. Ich hoffe, dass das zunächst so als Hinweis reicht. Ich hab aber die Vorstellung dass wir in der Aufbereitung für die Zwischenbilanzierung nächstes Jahr, Ihnen dann nochmal diese Dinge im Überblick vorstellen werden, und uns dann auch vorsichtig der Frage der Kriterien annähern werden. Wobei ich Ihnen jetzt schon mal vermitteln will, mein Gefühl ist, und das wäre auch unsere Empfehlung, dass wir uns mit Rahmenkriterien dort begnügen sollten, weil wir sonst Schwierigkeiten haben gerade beispielsweise die Projekte die Herr Droege, aber auch andere angesprochen haben, zu fördern. Weil es sich ja um eine Riesenpalette handelt, von ganz unterschiedlichen Fördergegenständen. Aber wir würden Ihnen dann natürlich, neben den harten Förderrichtlinien, auch noch einmal die Rahmenkriterien zur Förderung sagen.

### **Herr Droege**

Dankeschön, ich möchte das Thema von Herrn Ostendorff noch einmal ganz kurz aufgreifen in dem Sinn, dass Denkmalschutz im Grunde auch als Querschnittsaufgabe zu verstehen sein kann. Wenn man es als Kultur sieht oder mit Kulturaspekten versieht, genauso wie natürlich mit Tourismusaspekten. Insofern denke ich allerdings, bekommen wir heute keine verbindliche Zusage, dass dieser Haushaltsansatz im Landeshaushalt 2002 wieder eingeführt wird. Aber Herr Staatssekretär, vielleicht behalten sie es nicht nur in Ihrem Herzen sondern können ein Signal setzen, wie Sie denken, dass Sie mit dieser Frage künftig umgehen. Herr Regierungspräsident sagt

gerade, da müssen wir auch noch den Finanzminister einladen. Aber vielleicht kann ja auch der mal ein Gastspiel hier bei uns geben.

Ich sehe keine Wortmeldungen mehr, ich denke dann können wir einvernehmlich dieses Thema beenden. Wir haben eine ganze Reihe von Facetten angesprochen, angeschnitten und werden sicherlich bei den angesprochenen weiteren Beratungen weiter in die Tiefe zu gehen haben. Ich denke, ausgehend von der heutigen Diskussion ist jeder aufgerufen sich selbst anhand seiner eigenen Region Gedanken darüber zu machen was in Zukunft anders strukturiert oder vielleicht auch verbessert werden könnte, in der Ausgestaltung, in der Förderung und in der Intensivierung von touristischen Bemühungen, so dass dann die Wünsche artikuliert werden, die den Regionalrat oder die Bezirksebene betreffen. Herzlichen Dank an Sie Herr Staatssekretär Morgenstern, an Sie Herr Dr. Datzer, für Ihr Hiersein. Wenn Sie die Möglichkeit haben, uns noch ein bisschen zu beobachten wäre es schön, andererseits haben wir auch Verständnis für Ihre weitergehenden Dienstgeschäfte.

Der Beschlussvorschlag, der dieser umfangreichen Vorlage vorgeschaltet ist, ist ja sowohl bekannt als auch beraten in den Fraktionen. Ich muss ihn deshalb nicht verlesen. Allerdings geht es darum, diesen Beschlussvorschlag, ich denke unwidersprochen, ausdrücklich zur Kenntnis zu nehmen. Wer möchte dem widersprechen? Keine Wortmeldung. Wer möchte sich ausdrücklich mit Enthaltung präsentieren ?

Ebenfalls niemand. Damit unterstelle ich eine einvernehmliche Beschlussfassung in diesem Sinn. Dankeschön. Herr Fleskes.

#### **Herr Fleskes**

Ich gehe davon aus, dass die Vorträge von Herrn Dr. Datzer und Herrn Staatssekretär Morgenstern im Protokoll nachzulesen sind.

#### **Herr Droege**

In Anbetracht der gewohnt sorgfältigen Protokollführung hatte ich das unterstellt. Dankeschön.

## Stellungnahmen zu TOP 11:

**37. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes, Teilabschnitt Dortmund/Unna/Hamm im Bereich der Städte Dortmund und Unna und der Gemeinde Holzwickede sowie 1. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes, Teilabschnitt Oberbereiche Bochum und Hagen im Bereich der Stadt Bochum - Darstellung einer Trasse für den Metrorapid von Düsseldorf nach Dortmund –**

### **Regierungspräsident Wolfram Kuschke:**

Zunächst möchte ich bemerken, dass die heute anwesenden Vertreter vom Verkehrsministerium und von der Staatskanzlei, die Vertreter der Landesregierung also, gekommen sind, um auf Fragen einzugehen oder von sich aus Informationen zu geben. Es liegt jedoch im Ermessen des Regionalrates, ob dieses gewünscht wird oder ob die Diskussionen in den vorangegangenen Sitzungen ausreichend geführt wurden.

Weiterhin möchte ich auf die Unterlagen eingehen, die Ihnen vorliegen. Wir haben Ihnen nochmals eine Ergänzungsvorlage zugestellt, in der 2 bzw. 3 Änderungen enthalten sind.

Zum Ersten ist unter Punkt 3 – nach Beratungen des Regionalrates Münsters - die Beteiligung der IHK zu Münster ergänzt worden.

Punkt 4 ist wie folgt geändert: Wir haben vorgeschlagen, die Frist von 4 auf 5 Monate zu erhöhen. Das hängt mit dem Zeitplan zusammen, den wir Ihnen auch haben zukommen lassen.

Die weiteren Änderungspunkte unter Punkt 5 sind, so darf ich sagen, marginal. Die Änderungen beziehen sich darauf, dass nicht nur die Planungskommission sondern auch die Verkehrskommission in diesen Auftrag einbezogen wird und prüfen soll, ob sich aus der Studie Erkenntnisse ergeben, die der Regionalrat bei den Beratungen zum Aufstellungsbeschluss zu berücksichtigen hat.

Ergänzt worden ist der Punkt 6, wonach die Bezirksregierung aufgefordert wird, eine gemeinsame Sitzung mit den Regionalräten Düsseldorf und Münster anzustreben, in der über den Ausstellungsbeschluss entschieden wird. Zu diesem Vorschlag der CDU-Fraktion wurde Einvernehmen darüber erzielt, dass wir eine Formulierung nochmal ändern sollten, nämlich, dass eine gemeinsame Sitzung **anzustreben** ist. Wenn es gemeinschaftlicher Wunsch der beiden anderen Regionalräte ist, könnte es natür-



lich zu einer solchen Sitzung kommen, in der über den Aufstellungsbeschluss entschieden wird.

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, meine letzte Anmerkung dazu ist, der Metrorapid ist natürlich nicht nur ein einfaches Vorhaben für Regionalräte oder früherer Bezirksplanungsräte, für die Landesregierung oder den Landtag und für viele andere mehr, sondern es ist ein ganz herausgehobenes Vorhaben.

Von daher ist es völlig verständlich, dass sich die Regionalräte in besonderer Art und Weise damit befassen. Ich habe mehrfach erwähnt, dass es wenig Sinn macht, jedenfalls in der Diskussion und Willensbildung, klare Trennungslinien zwischen dem zu ziehen, was für uns verfahrenserheblich ist und dem, was in der politischen Diskussion ist, denn niemand von uns wird in der Lage sein, das klar zu sortieren. Aber gerade vor diesem Hintergrund habe ich immer dafür geworben, dass wir dieses in einer qualitativen Art und Weise machen. Dieses wird gegeben durch den Erarbeitungsbeschluss und durch das sich anschließende Erarbeitungsverfahren.

Sie haben natürlich als Regionalrat Arnsberg - das gilt auch für die anderen Regionalräte und das galt und gilt auch quer durch die Fraktionen - mit ihren Nachfragen, mit ihrem Informationsbedarf in Richtung des Ministeriums und der Landesregierung auch mit dazu beigetragen, dass innerhalb eines sehr, sehr engen Zeitraumes nochmal versucht worden ist, weitere Fragen zu beantworten, so dass nun die Regionalräte auf einer guten soliden Grundlage jetzt zur Entscheidung kommen können. Das war ein politischer Prozess.

Ich danke all denjenigen, die im Regionalrat, in den Fraktionen, in den verschiedenen Kommissionen, auch denjenigen, die beratend mitwirken und dazu beigetragen haben, dass wir, so wie es aussieht, eine gute einvernehmliche Lösung heute erreichen können. Ich wollte diesen Dank an Sie sagen, und Sie können davon ausgehen, dass das für mich etwas ist, was mich darin ermutigt, weiterhin gemeinsam dafür zu sorgen, dass sich dieser Regionalrat in der Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung durch ein gutes, ja durch ein Arnsberger Klima auszeichnet, was nicht zerstört worden ist und was es auch weiterhin gilt, aufrecht zu erhalten. Nochmal herzlichen Dank für diese Bemühungen.

## **Herr Horneck, Vorsitzender der CDU-Fraktion**

Herr Vorsitzender, Herr Regierungspräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben heute einen Erarbeitungsbeschluss zum Metrorapid zu fassen und ich muss Ihnen an dieser Stelle sagen, die CDU hat es sich nicht leicht gemacht. Es gibt nach wie vor in unserer Fraktion zu dem Thema erhebliche Bedenken gegen die Trassenführung, erhebliche Bedenken über die Finanzierbarkeit. Es gibt große Sorgen innerhalb unserer Fraktion, dass durch den Metrorapid in dieser Form eine Belastung des SPNV und den ÖPNV entstehen könnte. Alle diese Dinge sind in der Beratung sehr schwierig gewesen, und Sie haben uns mit einigen Unterlagen dazu geholfen, diese Beratungen zu Ende zu führen.

Wir werden heute diesem Erarbeitungsbeschluss zustimmen. Wir haben gemeinsam, das haben Sie gerade vorgetragen, noch ein paar Dinge verändert. Nur bitte ich Sie und auch die Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen, dass das auf gar keinen Fall eine Entscheidung für einen späteren Aufstellungsbeschluss ist. Dieser Aufstellungsbeschluss wird, wenn er dann vorliegt, in unserer Fraktion erneut beraten werden. Die Beschlussfassung heute ist auf gar keinen Fall eine Präjudizierung für die Entscheidung, die dann zu fällen ist. Ich will das an dieser Stelle auch im Auftrage meiner Fraktion ganz deutlich machen.

Sicherlich wird es heute die eine oder andere Stimme in unserer Fraktion geben, die sich bei der Entscheidung enthalten wird. Aber sie wird sich deswegen enthalten, weil sich eben bei dem ein oder anderen Mitglied unserer Fraktion die Einstellung zu diesem Metrorapid noch nicht so gefestigt hat, um dem insgesamt zustimmen zu können.

Sie haben natürlich Recht, dass der Erarbeitungsbeschluss eine rein formale Sache ist. Formal insofern, als dass ich hiermit noch nicht entscheide, was die spätere Durchführung dieses Vorhabens angeht, aber dennoch werden hier Weichen gestellt. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass wir die Informationen, die wir benötigen, um endgültig eine Entscheidung zu fällen, bekommen. Das ist auch der Grund für unsere Bitte eine gemeinsame Sitzung der drei Regionalräte durchzuführen, in der uns dann die Landesregierung die Gutachten zur Verfügung stellt, um dann die Fragen beantworten zu können, die zur anschließenden Entscheidung führen.

Vielen Dank.

### **Herr Ostendorff, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Vieles von dem, was Kollege Horneck für die CDU gesagt hat, betrifft uns vom Bündnis 90/Die Grünen genauso. Auch wir haben natürlich heftigst gerungen, um einen weisen Beschluss heute fassen zu können. Nur die Bewertung dessen, was Herr Horneck auch vorgetragen hat, hat bei uns zu einem anderen Ergebnis geführt, wissend, dass wir damit landesweit völlig alleine sind. Das ist für uns aber trotzdem kein Problem, weil wir uns immer bemühen, an der Sache zu entscheiden und sei es auch um den Preis, dass wir möglicherweise mit unseren Landtagsabgeordneten und Ministern und unseren Landesvorständen nicht einer Meinung sind. Das kommt schon mal vor - wie hier beim Metrorapid.

Wir sagen heute, als Bündnis 90/Die Grünen ganz deutlich, dass die Technik, und davon konnten wir uns bei verschiedenen Gelegenheiten überzeugen, dass die Schwebetechnik für uns eine ganz faszinierende ist. Wir sind der Meinung, dass diese Technik ausgebaut und angewandt gehört. Nur fragen wir uns, ob es hier im Ruhrgebiet heute an dieser Stelle mit dem Erarbeitungsbeschluss der richtige Punkt ist, diese Entscheidung zu fällen. Denn die Gründe, und ich glaube, es ist dem, was Herr Horneck gesagt hat nichts hinzuzufügen. Die Fragen der Trassierung und die Fragen der Finanzierung, sind natürlich nicht beantwortet. Hier haben wir ja, wie es mir in meiner politischen Karriere noch nie gegangen ist, jeden Tag eine neue Nachrichtenlagen gehabt. Wenn irgendwo ein Loch auftauchte, wurde es imaginär immer wieder geschlossen durch irgendwelche Zahlenbeispiele, durch irgendwelche Beispiele, wie man auf einmal Trassen ändern konnte. Tunnel hier, Tunnel ja, Tunnel nein, es war ja wirklich sehr verwirrend für Politiker, hier eine sachgerechte Beurteilung vornehmen zu können, denn die Experten erzählten uns letztlich, und da soll mir einer sagen, ob er es anders wahrgenommen hat, alle drei Tage was Neues.

So ist ja auch nur die IHK-Einlassung zu verstehen, der Brief, der uns sehr schnellübergereicht wurde, weshalb wir dem Regierungspräsidenten zu danken haben. Wenn alle Briefe, die Verbände schicken, nur so schnell weitergeschickt würden. Diesen Brief hätte man etwas mehr nacharbeiten müssen, ich kann mir das hier nicht verkneifen. Die IHK hat ja sehr massiv darauf hingewiesen, dass ÖPNV-Mittel auf

keinen Fall verwendet werden dürfen. Das war, ich sag mal, am 19. Aber, Sie wissen ja, die Lage änderte sich zweitägig, so auch hier. Ich denke, die IHK würde diesen Brief heute so nicht mehr schreiben, aber sie hat ihn geschrieben. Auch sie war nicht informiert, was denn der letzte Stand der Dinge ist. Wahrscheinlich ist es heute Mittag schon wieder ein anderer, wenn wir diesen Beschluss hier gefasst haben.

Ich denke, die entscheidende Frage für uns als Politiker ist doch, ob die entscheidende Annahme, der 50 %igen Fahrgaststeigerung, belastbar, aushaltbar ist, egal, ob wir jetzt nur zu entscheiden haben, wo die Trasse herläuft. Wir werden ja letztlich auf die Raumordnungsmaßnahme reduziert. Trotzdem haben wir als Politiker, denke ich, die Verantwortung zu tragen. Hier ergibt sich für uns doch die Frage, wurde hier ständig schön gerechnet oder nicht.

Ich bin eingestiegen in die Debatte mit 20 Mio. Fahrgästen. Das ging dann über 25 Mio., 30 Mio., letzte Woche waren es 33 Mio.. Morgen sind es wahrscheinlich 35 Mio. oder wieder 28 Mio., ich weiß es nicht. Jeder wird hier bedient, und ich habe da ein ungutes Gefühl. Das halte ich als Unternehmer, der ich von Hause aus bin, für unredlich. Ich habe ein Ergebnis vorgegeben, und ich muss nun nach unten zurück rechnen, wie sich das Ergebnis in eine schwarze Null rechnet. Dieses Gefühl drängt sich mir bei dieser Art von Kalkulation auf. Ich gehe nicht, wie es üblich ist, von unten nach oben und errechne meine Zahlen dann, wenn ich genau weiß, was realistisch ist, sondern ich mache es rückwärts. Wir von den Grünen halten es für äußerst bedenklich, sich auf solch ein Verfahren einzulassen.

Der zweite Punkt, der genannt werden muss, ist, dass alles so schnell – hopplahopp- gehen muss, so wie wir es in unserer kommunalpolitischen Karriere noch nicht erlebt haben, weil die Fußballweltmeisterschaft 2006 naht. Entscheidende Spiele werden in der Arena in Gelsenkirchen stattfinden. Aber mir ist nicht bekannt, dass der Metrorapid über Recklinghausen-Herten läuft. Mir ist nur bekannt, dass er in Bochum, Essen, Dortmund hält. Wahrscheinlich kriegen wir dann noch einen neuen Bahnhof, das wird ja dann wahrscheinlich möglich sein, wenn erkannt worden ist, dass wichtige Spiele in der Arena stattfinden, denn ich weiß nicht, wie der Fußballbegeisterte mit dem Metrorapid die Arena erreichen soll. Diese Frage ist nicht beantwortet.

Die dritte Frage, die hier zu beantworten ist, ist, wie wird er denn nun bezahlt werden, dieser Metrorapid ? Ich stieg ein in die Diskussion, als es hieß: "Er ist natürlich zuschlagspflichtig, er ist ja ein Qualitätsangebot." Das war mir ja auch klar. Dann hieß es: "Nein, er wird im normal VRR-Tarif gefahren." – Das war die Aussage des Ministers in Lathen.- Dann hieß es vor ein paar Tagen wieder, als das Finanzierungsgutachten von der Deutschen Bank auf den Tisch kam: "Natürlich zuschlagspflichtig." Auch hier sehe ich nur wenig Klarheit, wie es denn nun gehen soll. Ich glaube, bzw. wir glauben aber, dass man es so ein bisschen mit einem Hausbau vergleichen kann. Ich meine, an diesem Beispiel wird es deutlich. Uns scheint es so zu sein, dass wir hier heute schon Richtfest feiern und haben vergessen, die Fundamente zu machen und, was wichtig ist, vergessen haben, die Baugenehmigung einzuholen. Das soll jetzt alles nachher passieren. Kein Mensch würde so arbeiten. Das allerwichtigste an diesem Hausbau ist aber, dass wir noch gar nicht wissen, woher wir das Geld kriegen.

Das ist das, was uns letztlich zu der Überlegung gebracht hat, heute zu sagen, wir lehnen den Erarbeitungsbeschluss auf Grundlage der Datenlagen, der Hektik, der ewigen Nachbesserungen, der unredlichen, möglicherweise unredlichen Art und Weise wie hier gearbeitet wird, ab. Das ist, was uns heute bewegt zu sagen, den Erarbeitungsbeschluss heute tragen wir nicht mit. Denn nur vom Prinzip Hoffnung zu leben, glaube ich, ist bei solch einer entscheidenden Frage zu wenig. Für einen Christenmenschen mag es reichen, aber der, der nicht so stark daran glaubt, wird seine Probleme kriegen.

Entscheidender, als dieses alles, entscheidender ist für mich, für uns in der Fraktion, welche Rolle der Regionalrat hier eigentlich spielt. Wird der Regionalrat als Instrument ernst genommen in dieser Frage ? Hat er wirklich gleichberechtigte Entscheidungskompetenz wie Staatskanzlei, wie Kabinett, wie der Landtag? Ich denke, da gibt es viele Fragen, die wir uns stellen müssen. Sind wir wirklich in der Lage, heute eine unabhängige klare Entscheidung zu treffen, die wir auch massiv durchhalten werden und die uns auch in die Lage versetzt, hier wirklich etwas mit zu beeinflussen? Dass hier Nerven blank liegen, das haben wir im Planungsausschuss gemerkt, als der Regierungspräsident sich dazu herabließ uns klar zu machen - was bei uns

so ankam, aber nicht so gemeint war, dass gebe ich gleich zu -, dass, egal was wir entscheiden, die Bezirksregierung sowieso weiter arbeitet. Wir wissen natürlich, dass Sie dazu verpflichtet werden können, darüber brauchen wir gar nicht reden. Aber es kam für uns Parlamentarier so rüber, dass es letztlich egal ist, was wir machen, der Zug fährt weiter.

Ich denke, dass den Gerüchten, die durchs Land gehen, dass hier von der Staatskanzlei mit der Einkaufstasche Stimmen gesammelt werden, entschieden entgegnet werden muss. Wenn das wirklich der Fall wäre, dann wäre dies das Ende des Regionalrates. Wer da irgendwo angesprochen worden ist, darf an dieser Entscheidung nicht teilhaben. Ich glaube, dass das wirklich ein Gerücht ist, was uns große Probleme machen wird, wenn wir dem nicht entschieden genug entgegentreten. Das ist, was im Lande erzählt wird.

Letztlich bewegt uns, dass das Planungsrecht auf den Kopf gestellt wird. Darum sagen wir, dieser Erarbeitungsbeschluss heute kommt zu früh. Wir brauchen Zeit, wir müssen uns noch vielmehr damit beschäftigen, um klar zu haben, was denn nun genau zu passieren hat, und - die Fußballweltmeisterschaft wird stattfinden, egal ob der Metrorapid fährt oder nicht.

### **Herr Schneider, Vorsitzender der SPD-Fraktion**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Regierungspräsident, meine Damen und Herren,

ich möchte zwei Sätze zu den Vorrednern sagen. Punkt eins zu Herrn Horneck: Ich bin sehr froh, dass Sie geschildert haben, wie schwierig die Diskussion bei Ihnen gewesen ist, und freue mich, dass Sie zu dem Ergebnis gekommen sind, den gemeinsam von uns und der FDP getragenen Beschlussvorschlag mit zu tragen. Das wird die Diskussion entspannen und zur sachlichen Arbeit zurückführen. Dann möchte ich zu Herrn Ostendorff, dem Vorsitzenden der Fraktion des Bündnis 90/Die Grünen, sagen: Vieles, von dem, was Sie zum Schluss gesagt haben sind Unterstellungen und Gerüchte. Hierauf möchte ich nicht eingehen, denn das ist nicht Sache eines Parlamentes, sich damit zu beschäftigen. Was ich sagen möchte, ist eines: Sie haben vorhin gesagt, wir wollen das Richtfest feiern ohne Fundament. Ich glaube, Sie haben die Funktion eines Erarbeitungsbeschlusses falsch verstanden. Wir stellen

jetzt den Antrag auf eine Baugenehmigung, darum geht es. Dieser Antrag kann abgelehnt oder diesem kann zugestimmt werden, damit beschäftigen wir uns heute.

Ich bin der Meinung, dass der Regionalrat Arnsberg heute vor seiner ersten Bewährungsprobe steht. Dass dies so ist und in der Öffentlichkeit so wahrgenommen wird, hat die SPD-Fraktion nicht zu verantworten. Wir haben uns schon sehr früh, ich erinnere an die Fahrt nach Lathen zur Versuchsstrecke des Transrapid, bemüht, Kompromisslinien aufzubauen. Ich denke an den Vorschlag vom Geschäftsführer der IHK, Herrn von Buchwald, den wir uns dann zu eigen gemacht haben, mit dem wir in das Gespräch mit Ihnen gegangen sind. Leider ist es zu diesem Zeitpunkt von Ihrer Seite her noch nicht möglich gewesen, diesem Vorschlag zuzustimmen. Wir haben uns, unbeeinflusst auch von anderen Regionalräten, entschieden, diese Kompromisslinie durchzuhalten. Der Erarbeitungsbeschluss, den wir heute fällen - und darum geht es ganz allein - ist das ureigenste Recht des Regionalrates. Wir haben heute die Chance, diese Aufgabe, die wir haben, wahrzunehmen oder eben zu verneinen. Dieser Erarbeitungsbeschluss setzt kein endgültiges Recht, auch das muss einmal klar gesagt werden. Wir gehen auf den Weg, und am Ende dieses Verfahrens kann ein Aufstellungsbeschluss stehen. Kann, das sag ich ganz deutlich, es muss nicht. Wenn man aber wie Sie, Herr Ostendorff, davon ausgeht, dass alle hier schon ihre Meinung gebildet haben und nicht mehr bereit sind, dazuzulernen, dann kommt man zu solchen Ausführungen, wie Sie sie gemacht haben. Das ist aber nicht unser Selbstverständnis vom parlamentarischen Verfahren. Da müssten Sie uns bei jedem Erarbeitungsbeschluss, den wir hier fällen, vorwerfen, dass das Ergebnis schon feststeht und das ist falsch. Wir werden uns intensiv, das wird von der SPD-Fraktion zugesagt, mit allen Argumenten beschäftigen.

Es ist natürlich unbestreitbar, dass die Festlegung einer Trasse für den Metrorapid andere Aufmerksamkeit findet als die Änderung oder Ausweisung eines neuen Gewerbegebietes. Das ist selbstverständlich. Es ist auch klar, dass diese Entscheidung heute ein Signal sein wird für die Entwicklung des Metrorapid. Auch das ist uns allen klar. Wir stimmen ausdrücklich dem geänderten Beschlussvorschlag in all seinen Facetten zu, auch den von Ihnen gewünschten Änderungen werden wir zustimmen. Wir machen nochmal deutlich, die Verlängerung von 4 auf 5 Monate zeigt, dass wir uns bemüht haben, Ihnen und den Personen, den Gruppen entgegenzukommen, die

ein längeres Verfahren wünschen, um ihre Bedenken einbringen zu können. Auch haben wir Verfahrensschritte in diesen Beschlussvorschlag eingebracht, die es uns allen ermöglichen werden, eine geeignete und abgewogene Entscheidung zu treffen. Ich möchte Ihnen noch einmal sagen, dass dieser Kompromissvorschlag, der maßgeblich von Herrn Regierungspräsidenten Kuschke erarbeitet worden ist, zur Grundlage der Beschlüsse in Münster und Düsseldorf geworden ist. Die Ergänzung, die wir heute beschließen, wird noch einmal verstärken, dass wir versuchen sollten, eine gemeinsame Beschlussfassung aller Regionalräte auf geeigneten und gut strukturierten Grundlagen zu finden.

Wir befinden uns hier in guter Gesellschaft mit den Arbeitnehmervertretern im Regionalrat und den beiden Industrie- und Handelskammern. Ich möchte an dieser Stelle gerne einen Punkt zitieren: "Der Hinweis, dass man zunächst die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie abwarten will, kommt nach unserer Meinung einem Zeitverlust gleich, den wir uns in dem immer stärker werdenden Wettbewerb der Regionen nicht erlauben können. Dieser, für das gesamte Ruhrgebiet wichtigen Verkehrsinfrastruktureinrichtung, kommt eine so große wirtschaftliche Bedeutung zu, dass von uns keine weiteren Verzögerungen hingenommen werden können." Sehr ausdrücklich weise ich auf das hin, was die Kammern am Niederrhein gesagt haben, denn sie haben die Bedeutung unseres Parlamentes sehr deutlich gemacht. Nur in diesem Verfahren, können wir unsere Argumente einbringen, nur dieses Verfahren garantiert aus Sicht der Kammern bereits in einem relativ frühen Stadium in allen Fragen und Diskussionsprozessen eine umfassende Beteiligung des Regionalrates. Ansonsten wäre eine Verlagerung sowohl der Behandlungs- als auch der Entscheidungsebene und damit eine Schwächung der Beteiligungsmöglichkeiten der regionalen Gebietskörperschaften zu befürchten. Deswegen, noch einmal, bin ich froh und dankbar, dass wir heute als Regionalrat die Chance ergreifen, uns aktiv in dieses Verfahren einzumischen, um unsere Argumente einbringen zu können. Nur dann, wenn wir im Verfahren beteiligt werden und uns engagieren, nur dann haben wir die Möglichkeit, den Bedenken, die auch Herr Ostendorff eingebracht hat, entgegenzutreten. Diese Entscheidung zu verschieben, würde zu einer Hängepartie führen, die dem Ansehen des Landes und auch des Regionalrates schädlich sein würde. Deswegen bin ich froh, dass wir eine große Mehrheit für diese Entscheidung heute finden werden.



Zu den Detailfrage der Finanzierung gibt es die unterschiedlichsten Aussagen. In diesem Punkt stimme ich Ihnen voll und ganz zu. Das Gutachten der Deutschen Bank hat einige positive Entwicklungen gezeigt. Was für uns wichtig ist, das sage ich ganz deutlich, ist, dass die Finanzierung des Metrorapid nicht zu Lasten anderer Verkehrsträger und Verkehrsmittel gehen darf, hierauf werden wir in dem Verfahren achten. Die SPD-Fraktion im Regionalrat Arnsberg bedankt sich ausdrücklich bei allen, die sich für dieses Zustandekommen des Kompromisses, wie er hier heute vorliegt, eingesetzt haben. Wir versichern allen Beteiligten im Verfahren, dass wir die Argumente gewissenhaft abwägen werden. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

### **Herr Dücker, Vorsitzender der FDP-Fraktion**

Herr Vorsitzender, Herr Regierungspräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren,

Eine solche Entscheidung , wie sie heute ansteht, ist nicht leicht, gerade weil aus verkehrstechnischen Gründen einige Punkte noch sehr kritisch zu sehen sind. Es spricht für den Regionalrat, dass er die Vorlage nicht so einfach übernimmt, sondern intensiv diskutiert. Ich bin sehr dankbar, dass die CDU-Fraktion nach - wie ich gehört habe - sehr intensiven Beratungen einen Kompromissvorschlag eingebracht hat. Diesem Vorschlag können wir ohne Weiteres zustimmen. Denn durch den Erarbeitungsbeschluss haben wir die Möglichkeit, alle Argument für und wider diese neue Technologie abzuwägen, um dann eventuell zu einem Aufstellungsbeschluss zu kommen. Ich denke, dieser Erarbeitungsbeschluss ist notwendig, weil der Metrorapid eine Chance ist, als neue Technologie in den ÖPNV einzugehen. Deshalb werden wir diesem Beschluss beitreten.

### **Herr von Buchwald, Arbeitgebervertreter**

Herr Vorsitzender, Herr Regierungspräsident, meine Damen und Herren, ich begrüße für die Kammern ausdrücklich, dass wir hier einen Erarbeitungsbeschluss wohl mit Mehrheit fassen werden. Ich meine, dass hier noch viele Fragen offen sind - auch für die Kammern, das muss deutlich gesagt werden. Es gibt auch keine einheitliche "Kammerfront" im Regierungsbezirk, auch das soll gesagt werden. Natürlich sind die Kammern an der Strecke, Bochum und Dortmund, zur Zeit ganz klar für das Projekt, aber sie machen auch Einschränkungen.

Herr Ostendorff, Sie haben m.E. das Schreiben nicht ganz richtig gelesen, denn da in dem Schreiben der Dortmunder Kammer steht, und das möchte ich zur Klarstellung betonen, dass der Metrorapid in keinsten Weise die Überlegung zum Ausbau des ÖPNV tangieren darf. Dies wird auch unsere Auffassung bleiben. D.h., auch eine Kammer wie Dortmund, die für den Metrorapid ist, hat hier ganz klar gesagt, dass es Bedingungen gibt, unter denen wir unsere Pro-Haltung auch noch einmal überdenken würden. Ich meine, dass es wichtig ist, dass wir zu einem Erarbeitungsverfahren kommen, in dem alle Punkte, die hier in der Diskussion stehen, miteinander diskutiert und geklärt werden, um dann zu einer Entscheidung über einen Aufstellungsbeschluss zu kommen. Ob es dazu kommen wird oder nicht, ist, so meine ich, für die Kammern im Moment in der endgültigen Frage noch offen. Es ist aus meiner Sicht sehr wichtig, dass in diesem Erarbeitungsverfahren eben nicht nur die Fragen auf den Tisch kommen, die unmittelbar mit dem Planungsverfahren einer GEP-Änderung zu tun haben. Es wird auch sehr wichtig werden, über die finanziellen Auswirkungen des Metrorapid und über verkehrswirtschaftliche Auswirkungen auf andere Schienenverkehrssysteme zu diskutieren, weil es hier viele Ängste, Sorgen, Befürchtungen gibt, die einer Erklärung bedürfen.

### **Herr Regierungspräsident Wolfram Kuschke**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, Zunächst möchte ich auf zwei Dinge eingehen, die Sie, Herr Ostendorff, gesagt haben. Zum einen "Herablassen" ist eine Kategorie, in der ich mich nicht messen lasse, und zum anderen die Frage der Weitergabe von Unterlagen. Das ist kein Punkt, der mich berührt, aber Sie verstehen, dass dadurch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berührt sind, und das weise ich zurück. Sie werden festgestellt haben, es sind sehr, sehr viele Unterlagen, sehr zeitnah verschickt worden. Es wird Zeit, dass Sie mich auf Ihren Hof einladen, damit wir auch weiterhin Freunde bleiben.

Zu dem, was inhaltlich von CDU, SPD und FDP gesagt worden ist, will ich ganz eindeutig etwas sagen. Herr Horneck, Sie können fest davon ausgehen, dass ich das, was Sie gesagt haben, in der Anforderung an das Verfahren, an die Unterlagen, an die Grundlagen für vernünftige Beratung, sehr ernst nehme. Sie brauchen keinen Zweifel daran zu haben, dass ich es zusammen mit der Landesregierung hinkriege,

dass wir Sie so ausreichend zeitnah und so gründlich informieren, dass Sie klare Entscheidungsgrundlagen haben.

Und natürlich, da stimme ich Ihnen und auch Herrn Schneider zu, Erarbeitungsbeschluss und Aufstellungsbeschluss sind zwei Paar verschiedene Schuhe. Wir werden die Zeit, die wir im Zeitplan vorgesehen haben, nutzen, um die Dinge vernünftig vorzubereiten. Das ist jetzt allerdings der Punkt, Herr Ostendorff, wo ich Ihre Argumentation nicht ganz nachvollziehen kann.

Ich mach das mal fest, an der Frage der Trasse Dortmund-Hauptbahnhof-Flughafen. Wir können noch wochenlang darüber rätseln, welche Trasse sinnvoll ist, ob es Alternativen dazu gibt. Wir kommen nicht weiter, wenn wir nicht über den Erarbeitungsbeschluss in ein Erarbeitungsverfahren eintreten können, um mit der Stadt Dortmund als Beteiligte diese Dinge zu klären. Natürlich wird es die Aufgabe der Stadt Dortmund sein, dort zu einer Meinungsbildung zu kommen und sich im Verfahren darüber auszutauschen. Insofern denke ich, brauchen wir gerade das Verfahren, Herr Ostendorff, um das einzuhalten, was Sie vorgegeben haben, nämlich erst die Grundlage für vernünftige Planung und Beratung zu schaffen, um dann in die Phase des Bauens hereinzukommen.

Ein anderer Punkt ist der, wo ich das Gefühl habe, dass es überhaupt kein Dissens darüber gibt, was die technische Faszination und die technischen Möglichkeiten angeht. Das wird der Punkt sein, da werde ich Sie zum Schwur bringen, ob Sie die Chance nutzen, mit diesem attraktiven, komfortablen Verkehrsmittel zu einem Umstieg zum ÖPNV zu kommen oder ob wir weiterhin einer Politik anhängen wollen, die glaubt, mit staatlich dirigistischen Mitteln so etwas hinzukriegen oder mit einer solchen Angebotspolitik. Das wird die Frage sein, mit der wir uns auseinander setzen müssen.

Die schon angesprochene Frage der Entscheidungskompetenz von Regionalrat, Landtag, Landesregierung: Diese Kompetenz ist natürlich schon unterschiedlich. Sie richtet sich nach den Aufgaben, die wahrzunehmen sind. Ich habe in der Vergangenheit klar gemacht, dass ich überhaupt keine Probleme damit habe, dass neben den verfahrenserheblichen Dingen natürlich auch die politischen Fragen eine ganz ent-

scheidende Rolle spielen und dass sie von daher auch mit in die Diskussion einfließen werden.

Meine Ausführungen in der Kommission und in den Sitzungen der Fraktionen waren als Hinweis darauf zu verstehen, dass nicht mir und anderen Vorwürfe gemacht werden können, wenn es eine andere Entwicklung gibt. Ich unterstreiche noch mal, ich habe gar nicht gesprochen von § 19 Landesplanungsgesetz, sondern ich habe gesagt: Wir sind natürlich eine Behörde. Die Landesregierung hat das als Vorhaben auf den Weg gebracht und wir werden natürlich als Behörde im normalen Arbeitsalltag auch weiter arbeiten. So war das zu sehen und ich erinnere mich daran, dass ich versucht habe, diesen Hinweis in durchaus offener und sachlicher Atmosphäre zu tun, so dass ich glaube, dass dieser Eindruck nicht hat auftreten können.

Ich sage nochmal, ich habe vollen Respekt - auch vor dem Hintergrund meiner früheren Abgeordnetentätigkeit - für die Anstrengungen, die Sie unternommen haben in den Fraktionen. Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn es zu der gemeinsamen Beschlussfassung kommen könnte, in die ja auch eingeflossen ist, welche Anstrengungen bei Ihnen erfolgt sind, und was es auch noch an Klärungsbedarf gibt.

### **Herr Brunsmeier**

Herr Vorsitzender, Herr Regierungspräsident, meine Damen und Herren, ich möchte zunächst betonen, dass ich die Sorgen der CDU-Fraktion für sehr, sehr berechtigt halte. Für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen möchte ich sagen, dass sie nicht allein sind, sondern dass kritische Umweltverbände oder auch Verkehrsverbände, wie der VCD, den Metrorapid ablehnen. Es gibt noch viele, viele Menschen in diesem Lande die dieses Verfahren und diesen Metrorapid ablehnen.

Und ich denke das ganze Schön-Rechnen der Deutschen Bank nützt nichts, der Metrorapid ist und bleibt und wird es bleiben - ein Milliardengrab. Das haben wir schon vor Jahren gesagt, und das wird sich auch nicht ändern. Die Vorlagenvielfalt, die hier angesprochen worden ist, d.h. die ganzen Unterlagen, die wir gekriegt haben, macht, so denke ich, auch deutlich, dass unser heutiger Beschluss oder diese heutige Entscheidung nicht auf einer soliden Grundlage getroffen werden. Ich bin Ihnen, Herr Schneider, sehr dankbar, dass Sie die Frage der investiven Mittel angesprochen ha-

ben. In der Koalitionvereinbarung von Bündnis 90/Die Grünen und SPD im Landtag steht, dass aus NRW keine investiven Mittel zur Verfügung gestellt werden. Inzwischen heißt es, dass es keine investiven Mittel aus dem ÖPNV sind. Wir werden sehen, wie sich das weiterentwickelt, um welche investiven Mittel es sich dann am Ende handelt. Ich habe große Sorge und sehe die Entwicklung, dass NRW einen sehr, sehr hohen und sehr, sehr großen investiven Beitrag leisten muss. Der Regierungspräsident hat zu Recht darauf hingewiesen, dass diese Details oder diese Inhalte ja auch gar nicht der Punkt der heutigen Diskussion hier sind. Das ist total richtig, denn es geht heute ja eigentlich darum, dass eine GEP-Änderung eingeleitet werden soll. Im vorhandenen GEP steht eine Trasse für den Bahnverkehr drin. Wenn ich den vorhandenen GEP ändern möchte, so hab ich jedenfalls Landesplanung, so habe ich GEP-Änderungsverfahren bisher immer verstanden, dann muss ich erstmal einen guten Grund, einen guten Bedarf dafür haben, den ich sicherstellen muss. Weiterhin muss ich ein solides Konzept dafür haben, um in eine solche Bearbeitungsphase einzusteigen. Weder der Bedarf, d.h. der gute Grund, noch das solide Konzept liegen heute vor. Es ist eben das Bild des Bauens eines Hauses gezeichnet worden. Herr Schneider, Sie haben das mit dem Antrag auf Baugenehmigung verglichen. Ein solcher Antrag auf Baugenehmigung würde Ihnen von jeder Kreisverwaltung unbearbeitet zurückgestellt werden.

Ich mache mir in diesem Zusammenhang sehr große Sorge um die Zukunft der Gebietsentwicklungsplanung, wenn die in diesem Stile in Nordrhein-Westfalen Eingang findet. Ich denke, so kann solide Gebietsentwicklungsplanung nicht stattfinden. Diese, und ich sag das jetzt ganz bewusst in Anführungsstrichen, „neue Mobilität an Rhein und Ruhr“ geht ganz klar auf Kosten des Umlandes, das dort nicht angeschlossen ist. Das Projekt erhält aber merkwürdigerweise auch Zustimmung von dort. Das ist mir eigentlich das größte Rätsel bei der heutigen Regionalratsentscheidung, nämlich, dass diejenigen, die die Leidtragenden dieser Entscheidung sein werden, dem zustimmen werden. Das kann ich nicht nachvollziehen. Meine Damen und Herren, wir steigen hiermit und mit der heutigen Entscheidung ein in erhebliche Eingriffe in das Bahnangebot. Wir steigen ein in erhebliche Eingriffe in den Öffentlichen Personennahverkehr. Wir steigen ein in gravierende Finanzierungsprobleme, in gravierende Finanzierungsrisiken, und letztendlich wird das, was wir heute beginnen, zu Lasten von Menschen und Bürgern von Nordrhein-Westfalen sein. Also daher auch

an dieser Stelle vom BUND, von den Naturschutzverbänden der Appell: Unter solchen Bedingungen fassen Sie bitte diesen Erarbeitungsbeschluss heute nicht. Vielen Dank.

### **Herr Cordes, Bündnis 90/Die Grünen**

Ich möchte das Bild der Baugenehmigung aufgreifen. Ein Antrag auf Baugenehmigung wird gestellt, wenn der Bedarf festgestellt und die Finanzierung klar ist. Vorher wird ein Antrag nicht gestellt. Für den Erarbeitungsbeschluss, der heute hier aufgestellt werden soll, wurde ohne konkreten Rahmen eine Bedarfsermittlung zugrunde gelegt. Das rührt daher, dass in der letzten Woche, die Informationen hin und her liefen, u.a. wo die Haltepunkte sein werden oder nicht. Das ist ein wichtiges Entscheidungskriterium. Es kamen sehr unterschiedliche Informationen. Aufgrund dieser unterschiedlichen Informationen würde ich keinen Antrag auf Baugenehmigung stellen.

Ein zweiter Punkt betrifft die technische Realisierung. Schon wegen der Klimaveränderung kann so eine faszinierende Technik eine wichtige Funktion bekommen, um ein Umsteigen vom Flugverkehr auf andere umweltfreundliche Techniken zu bewirken. Gerade dies macht aber der Metrorapid nicht, denn er wird gerade mit der Änderung, die wir heute beschließen sollen, als Zubringer für Flughäfen benutzt, also zur weiteren Ankurbelung von Flugverkehr.

Ich halte es für technisch sehr faszinierend, ein zukünftiges System mit dieser Technik europaweit aufzubauen, als schienengebundener umweltfreundlicher Verkehr. Aber Sinn macht das nur, wenn diese Technologie in ein weiteres Netz eingebunden wird. Es macht keinen Sinn, Insel-Lösungen anzustreben, die Umsteigemöglichkeiten und so weiter erfordern. Es sind grundsätzliche verkehrspolitische Überlegungen. Aufgrund dieser Überlegungen würde ich den Antrag auf Baugenehmigung auch nicht stellen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

### **Herr Werner, Bündnis 90/Die Grünen**

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Regierungspräsident, ich möchte versuchen, die Argumente, die vorgebracht wurden, nicht zu wiederholen, sondern zu ergänzen und hier und da auf meine Vorredner einzugehen. Ergänzend zu meinen Vorredner, Herrn Ostendorff, und der Frage der Vollständigkeit der Unterlagen. Herr Regierungspräsident, ich hätte mir gewünscht, wenn das Schreiben

des BUND rechtzeitig zugegangen wäre und nicht erst heute. Soweit zu dem Thema "Unterlagen".

Zu den Ausführungen des Herrn Schneider möchte ich noch etwas sagen. Sie sprachen von der wirtschaftlichen Bedeutung des Metrorapid. Es steht ja wohl außer Frage, dass das Verkehrschaos, das wir im Ruhrgebiet haben, ein Problem ist. Hier ist natürlich auch die Wirtschaft gefragt. Nur politisch müssen wir das auch so beurteilen, dass wir nicht unbedingt sagen, der Metrorapid ist die Lösung. Es gibt ja auch noch andere Lösungen. Insofern wundert mich, was für ein Riesen-Apparat aufgebaut wird, nach dem Motto, der Metrorapid kommt und dann brummt es im Ruhrgebiet. Ich höre nur keine Argumente, wie das funktionieren soll. Wir kennen doch solche Großprojekte. Es wird immer gesagt, hierdurch werden Arbeitsplätze geschaffen, Investoren werden ins Land geholt etc. Deswegen doch auch die Präsentation zur Fußballweltmeisterschaft. Ich kann das nachvollziehen, dass sich Politiker nach vorn stellen und zeigen wollen: Wir sind innovativ. Natürlich hat das eine Wirkung, aber ob das die Wirkung hat, die wir uns alle erwünschen, daran habe ich erhebliche Zweifel. Zum Thema Arbeitsplätze: Natürlich werden Arbeitsplätze geschaffen, aber soweit ich informiert bin, müssen solche Projekte europaweit ausgeschrieben werden, so dass die Baufirmen nicht unbedingt aus dem Ruhrgebiet kommen müssen. Ich habe nichts dagegen, wenn z.B. eine spanische Firma den Metrorapid baut, aber das muss man hier auch deutlich ansprechen. Ich habe den Eindruck, wenn ich mir den Vortrag des Ministers Schwanhold in Lathen vergegenwärtige, dass hier sehr viel politische Symbolik eine Rolle spielt.

Zum Thema Ansehen des Regionalrates: Meine Damen und Herren, Sie sitzen hier im Regionalrat, aber Sie sitzen auch zu Hause in den Stadträten oder Kreistagen. Sie müssen Ihren Bürgern nachher erklären, dass es hier um 7,2 Milliarden DM geht. Das ist eine Summe Geld, die kann sich keiner vorstellen. Ich möchte mir nicht vor der Haustür erzählen lassen müssen, wie ich mit Steuergeldern rumwerfe. Da möchte ich mich vorher gründlich informieren, bevor ich zu einer solchen Entscheidung, wie sie heute ansteht, komme.

Zum Gutachten der Deutschen Bank möchte ich sagen, dass ich das erst gestern per Fax gekriegt habe. Ich kenne das nicht. Ich kenne das bisher nur aus den Medien. Ich hätte das gerne persönlich geprüft, bevor ich zu einer Entscheidung komme. Es erscheint mir aber sehr optimistisch. Soweit ich das bisher mitgekriegt habe, geht aus diesem Gutachten hervor, dass NRW die 4,5 Milliarden DM in Gänze bekommt.

Wenn ich dieses Gutachten erstellt hätte, vorausgesetzt ich wäre Wirtschaftsfachmann, hätte ich wenigstens sagen müssen; NRW bekommt alles oder NRW bekommt die Hälfte oder NRW bekommt vielleicht 1 Milliarde DM.

Meine letzte Bemerkung bezieht sich auf das weitere Verfahren. Wir haben doch letztens erst erlebt, dass die Bezirksregierung sagt, die Argumente, die Bedenken der Träger öffentlicher Belange werden zurückgewiesen. Das ist ja auch ihr gutes Recht, das zu tun. Was ich sagen will, ist, wenn wir in diesem Prozess sind, sind wir in diesem Prozess drin. Und in seltensten Fällen habe ich es erlebt, zu mindestens in Regionalparlamenten, dass man zu dem Schluss kommt, wenn die Argumente gesammelt und ausgewertet sind, die Argumente sprechen gegen das Verfahren und das Projekt kann leider nicht mitgetragen werden, dass man dann letztendlich zu der Entscheidung kommt und sich dagegen ausspricht. Das habe ich noch nicht erlebt. Vielleicht ist es ja in diesem Fall das erste Mal, das kann ja sein. Ich bin ja lernfähig. Danke!

#### **Herr Rittermeier, Arbeitnehmervertreter**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich bin Vertreter einer Einheitsgewerkschaft und möchte hier sagen, dass wir innerhalb dieser Einheitsgewerkschaft darüber beraten haben und dass zu unserer Sachfindung Vertreter verschiedener Parteien beigetragen haben. Das möchte ich eindeutig herausstellen.

Die Arbeitnehmervertreter sind dafür, dass geprüft wird, ob der Metrorapid in Nordrhein-Westfalen fährt. Zwar sagen wir auch, es muss eine Verzahnung mit dem Öffentlichen Personennahverkehr geben, der Öffentliche Personennahverkehr darf nicht beeinträchtigt werden. Die Fahrgastzahl beim Metrorapid hängt von einer guten Fahrpreisgestaltung ab. Der Fahrpreis muss entsprechend niedrig sein, so dass auch viele Menschen diesen Metrorapid benutzen. Das dritte, was ich sagen will, ist, wenn der Metrorapid nicht bei uns sondern in China fährt, wissen wir auch, wo die Wagen gebaut werden, wohin das ganze technische Know-How wandern wird. Diejenigen, die heute dem Metrorapid ganz kritisch gegenüber stehen, werden uns dann fragen, wie kommt es eigentlich, dass eine Technologie in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt wurde, aber anderswo gebaut wird - wie es schon heute so häufig ist. Und ich kann nur eines sagen, ich hab mir mal die Geschichte Nordrhein-Westfalens an-



geschaut, als die Eisenbahn gebaut wurde, gab es das gleiche Problem. Als die Kanäle gebaut wurden, gab's auch eine große Diskussion, aber es gab mutige Leute, die gesagt haben: Das machen wir. Wenn solche Entscheidungen nicht getroffen worden wären, würden wir wahrscheinlich heute noch unsere Waren mit dem Pferdekarren durch die Gegend fahren und wären ganz hintenan.

Es geht ja heute nicht darum, dass entschieden wird, dass der Metrorapid gebaut wird, sondern es geht darum, zu schauen, ob der machbar ist. Und ich möchte mich schon bei all denjenigen bedanken, die heute beschließen, dass ganz sauber geguckt wird, kann der Metrorapid bei uns in Nordrhein-Westfalen fahren. Danke !

### **Herr Droege, Vorsitzender**

Ich habe den Eindruck, dass alle wesentliche Argumente ausgetauscht worden sind und wir uns vor allen Dingen, mit diesen Argumenten in den nachfolgenden Monaten noch heftigst auseinander setzen werden aus völlig unterschiedlichen Betroffenheiten heraus.

### **Herr Ostendorff:**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt den Antrag auf geheime Abstimmung.

### **Herr Droege:**

Das steht Ihnen frei. Dem Antrag ist – weil er der weitergehende wäre gegenüber der öffentlichen Abstimmung – im Grunde schon damit akzeptiert. Ich frage aber trotzdem der Form halber: "Gibt es noch Wortmeldungen?"

Das ist nicht der Fall. (Gemurmel)

Ich bin gerade über Folgendes belehrt worden: Da die Geschäftsordnung die Möglichkeit der geheimen Abstimmung nicht als eine gesonderte Möglichkeit vorsieht, wäre, wenn man sie dann trotzdem will, darüber gesondert abzustimmen.

Ich will aber nochmal, damit dies klar ist, insoweit kurz in Erinnerung rufen, was endgültig zur Entscheidung oder Abstimmung ansteht. Wir haben als Beschluss-Grundlage, die Ergänzungsvorlage, die zuletzt zugegangen ist, mit den zunächst ausgewiesenen 5 Beschluss-Punkten. In Anbetracht der Veränderungen, die heute vereinbart worden sind, würde es bei den Punkten 1 - 4 bleiben, so wie sie im Deck-

blatt dieser Vorlage ausgewiesen sind. Die Punkte 5 und 6 sind oder wären – je nach Beschlussfassung - ergänzend aufzunehmen, in der Weise, dass hier gefordert wird, natürlich den Zeitplan, wie er umrissen worden ist, entsprechend einzuhalten und zeitnah über Ergebnisse und - ich sag 'mal für mich gedanklich auch Zwischenergebnisse – der Machbarkeitsstudie zu informieren und die Gremien des Regionalrates entsprechend auch einzubinden. Und schließlich – und das wäre der neue 6. Beschlussinhalt – eine gemeinsame Sitzung mit den Regionalräten Düsseldorf und Münster anzustreben, in der dann diese zwischenzeitlich gewonnenen Erkenntnisse bewertet werden, sicherlich unter Einbeziehung von Diskussionspartnern des Ministeriums und der Staatskanzlei, um dann rechtzeitig und ausreichend vor einem eventuellen Aufstellungsbeschluss eine abschließende Bewertung vornehmen zu können. Das zur Ausgangssituation.

Jetzt wäre abzustimmen über den Antrag von Herrn Ostendorff, diese anstehende Abstimmung geheim vorzunehmen. Ich frage, wer dem Antrag folgen möchte, den bitte ich um's Handzeichen.

Dafür - geheim abzustimmen? (Die Geschäftsstelle zählt aus: 15 Stimmen)

Wer ist dagegen, geheim abzustimmen (Die Geschäftsstelle zählt aus: 17 Stimmen)

Wer enthält sich? 1 Enthaltung

Also: mit 17 zu 15 bei einer Enthaltung abgelehnt! (Anmerkung: Zu diesem Zeitpunkt waren von den zuvor 36 stimmberechtigten Mitgliedern noch 34 Mitglieder anwesend. 1 stimmberechtigtes Mitglied des Regionalrates hat sich an dieser Abstimmung nicht beteiligt, so dass insgesamt 33 Stimmen abgegeben wurden.)

Wir stimmen deshalb öffentlich ab.